

11.12.2014

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung

- Drucksachen 16/6500, 16/6710 (Ergänzung) und 16/6990 (Zweite Ergänzung) -

in der Fassung nach der 2. Lesung

- Drucksachen 16/7500 bis 16/7507, 16/7509 bis 16/7515, 16/7517 und 16/7520

### 3. Lesung

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

**Berichterstatter**

Abgeordneter Christian Möbius

### **Beschlussempfehlung**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 16/6500, 16/6710 (Ergänzung) und 16/6990 (Zweite Ergänzung) - in der Fassung nach der 2. Lesung wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Datum des Originals: 11.12.2014/Ausgegeben: 15.12.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

1. In § 1 Haushaltsgesetz 2015 wird die Zahl „64.087.664.000“ durch die Zahl „64.285.251.300“ ersetzt (*Haushaltsvolumen*).
2. In § 2 Absatz 1 Haushaltsgesetz 2015 wird die Zahl „2.393.000.000“ durch die Zahl „2.083.000.000“ ersetzt (*Kreditermächtigung*).
3. Die Änderungen in den Einzelplänen ergeben sich aus den Anhängen sowie aus dem Veränderungsnachweis.
4. Der Gesamtplan (Anlage zum Haushaltsgesetz 2015: Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan) erhält die aus der **Anlage** zu diesem Bericht ersichtliche Fassung.

## Bericht

### **A Allgemeines**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 16/6500, 16/6710 (Ergänzung) und 16/6990 (Zweite Ergänzung) - wurde vom Landtag in 2. Lesung am 3. und 4. Dezember 2014 behandelt und am 4. Dezember 2014 entsprechend den Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksachen 16/7500 bis 16/7507, 16/7509 bis 16/7515, 16/7517 und 16/7520, angenommen und im Übrigen unverändert an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Vorbereitung der 3. Lesung zurücküberwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf mit allen Übersichten und Anlagen in seiner Sitzung am 11. Dezember 2014 abschließend beraten. Dabei stützte er sich bezüglich der Entwürfe der Einzelpläne und des Gesetzes auf seine vom Landtag angenommenen Beschlussempfehlungen zur 2. Lesung (16/7500 bis 16/7507, 16/7509 bis 16/7515, 16/7517 und 16/7520).

Im Zusammenhang mit dem Haushalt 2015 wird auch auf den Bericht zur 3. Lesung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2015 - Drucksache 16/7601 - verwiesen.

### **B Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses in der Sitzung am 11. Dezember 2014**

#### **1. Schlussberatungen**

Zur abschließenden Beratung am 11. Dezember 2014 erreichte den Ausschuss die Vorlage 16/2539 zur Frage der Notwendigkeit einer Regelung im Haushaltsgesetz 2015 zur Bestellung eines Erbbaurechts. Diese Vorlage befasste sich mit einer Bitte um Stellungnahme zu einer bereits zur 2. Lesung vorgenommenen Ergänzung des § 15 Haushaltsgesetzentwurf 2015. Weitere Nachfragen wurden in der Sitzung beantwortet. Erbbaurechtsbestellungen der vergangenen Jahre sind mit dem im Haushaltsgesetz 2015 geregelten Fall nach den Ausführungen in der Vorlage 16/2539 nicht vergleichbar und nach den Ausführungen der Landesregierung ordnungsgemäß erfolgt.

Zur Sitzung lag ferner eine umfangreiche Vorlage zur Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 30. November 2014, Vorlage 16/2531, vor. Nachfragen auch zu dieser Vorlage wurden in der Sitzung beantwortet.

Zur abschließenden Sitzung zur Vorbereitung der 3. Lesung lagen gemeinsame Anträge aller Fraktionen zum Einzelplan 01 vor. Diese wurden einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen, angenommen und ergeben sich aus dem Anhang. Zu den übrigen Einzelplänen lagen Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Änderungsanträge der Fraktion der FDP vor. Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden mehrheitlich bzw. einstimmig angenommen; die Änderungsanträge der Fraktion der FDP mehrheitlich abgelehnt. Die Ergebnisse im Einzelnen sowie das differenzierte Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus dem Anhang. Zum Antrag mit der laufenden Nummer 69 wurde ausgeführt, dass zu den durchgereichten Bundesmitteln in Höhe von 54.000.000 Euro eine Landesleistung von ebenfalls 54.000.000 Euro komme, die als Darlehen vom Bund kreditiert werde.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellten die bereits im Rahmen der 2. Lesung avisierten und nun zur Vorbereitung der 3. Lesung vorgelegten Änderungsanträge vor. Insgesamt werden durch alle Änderungen die Kreditermächtigung und damit auch die Nettokreditaufnahme weiter abgesenkt. Die Änderungsanträge dienen der Umsetzung des Flüchtlingsgipfels, der weiteren Entlastung der Kommunen sowie der Fortführung der Schulsozialarbeit. Hierbei wurde bekräftigt, dass es sich nicht um eine originäre Landesaufgabe handele. Ferner dienen die Änderungsanträge der Dynamisierung im Bereich der offenen Ganztagschule sowie der Absicherung der Arbeit der eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse mit den beabsichtigten Veränderungen in den Einzelplänen 01, 04 und 12. In den FDP-Anträgen sahen die Koalitionsfraktionen keine neuen und zustimmungsfähigen Ansätze.

Die FDP-Fraktion stellt neben den genannten Allfraktionsanträgen zum Einzelplan 01 48 eigene Änderungsanträge vor und kündigt ein differenziertes Abstimmungsverhalten zu den Anträgen der Koalitionsfraktionen an. In den eigenen Änderungsanträgen bringe man politische Ziele – soweit zulässig auch in Globalpositionen – zum Ausdruck. Nach Auffassung der FDP-Fraktion hänge Nordrhein-Westfalen in der Wachstumsdynamik anderen Bundesländern hinterher. Eine ausgemachte Wachstumslücke müsse ökonomisch geschlossen werden. In den Änderungsanträgen kommen auch Einsparziele beim Personal in den verschiedenen Einzelplänen zum Ausdruck. Einsparungen könne man zum Beispiel durch Schulverwaltungsassistenten erreichen. Man Sorge sich um die zukünftige Nachwuchsgewinnung bei der Polizei und den Kommunen wolle man die Abundanz ersparen.

Die CDU-Fraktion will zur Kompetenzklärung in der Frage der Weiterführung der Schulsozialarbeit beitragen und kündigt an, ein Schreiben des Bundesministeriums zugänglich zu machen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wirft der FDP-Fraktion vor, ihre Erkenntnisse nicht während der eigenen Regierungszeit eingebracht zu haben und nimmt für die Koalitionsfraktionen die Bewertung vor, auch für die Polizei-Nachwuchsgewinnung deutlich mehr zu machen, als CDU und FDP in ihrer Regierungszeit erreicht hätten.

Auch die Fraktion der PIRATEN kündigt zu den Änderungsanträgen der Fraktionen ein differenziertes Abstimmungsverhalten an. Die Anträge zur Umsetzung des Flüchtlingsgipfels seien aus ihrer Sicht aber zu kurz gegriffen. Im Bereich der Schulsozialarbeit erinnere seine Partei auch an dieser Stelle noch einmal an die eigenen Anträge zum Thema, die derzeit insgesamt mehrheitlich abgelehnt wurden. Die Aufstockung in den Ressorts mit der Begründung einer Sicherstellung der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse könne nicht vollständig nachvollzogen werden. Die dargestellten Aufwüchse seien möglicherweise in diesem Maße nicht gerechtfertigt. Das Anliegen der FDP-Fraktion zur Abschaffung einer Abundanz-Umlage werde von den PIRATEN geteilt. Die globalen Positionen müsse seine Fraktion wegen der fehlenden Transparenz aber klar ablehnen.

## 2. Bereinigungsbeschluss

Der Haushalts- und Finanzausschuss fasste mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der PIRATEN einstimmig folgenden **Bereinigungsbeschluss**:

***„Der Finanzminister wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10***

**- Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans - zu verändern.**

**Die vom Finanzministerium nach der heutigen Sitzung des HFA als Anlagen zu unseren Beschlussempfehlungen beizufügenden Veränderungsnachweise sind insoweit verbindlich für die 3. Lesung, als sie die Beschlusslage der heutigen Sitzung unter Berücksichtigung dieses Bereinigungsbeschlusses wiedergeben.“**

### 3. Ausgleich des Haushalts

Mit der Anpassung des Haushaltsvolumens in § 1 des Haushaltsgesetzes 2015 sowie der Kreditermächtigung in § 2 und der Veränderung des Ausgleichstitels in Kapitel 20 020, Titel 371 10, ist der Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.

### C Abstimmungen, Ergebnis

Das Ergebnis der jeweiligen Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der Fraktionen ergibt sich aus dem Anhang. Die Einzelpläne wurden unter Berücksichtigung der ggf. zuvor angenommenen Änderungsanträge wie folgt abgestimmt:

Einzelplan	Ergebnis	SPD	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	FDP	PIRATEN	Bemerkungen
01	verändert einstimmig angenommen	+	+	+	+	Enthaltung	Enthaltung der Fraktion der PIRATEN wegen der abgelehnten Anträge zum LDI
02	unverändert angenommen	+	-	+	-	-	
03	verändert angenommen	+	-	+	-	-	
04	verändert angenommen	+	-	+	-	-	
05	verändert angenommen	+	-	+	-	-	
06	unverändert angenommen	+	-	+	-	-	
07	verändert angenommen	+	-	+	-	-	
09	verändert angenommen	+	-	+	-	-	
10	verändert angenommen	+	-	+	-	-	
11	verändert angenommen	+	-	+	-	-	
12	verändert angenommen	+	-	+	-	-	
13	unverändert einstimmig angenommen	+	+	+	+	+	LRH
14	verändert angenommen	+	-	+	-	-	
15	verändert angenommen	+	-	+	-	-	
20	verändert angenommen	+	-	+	-	-	einschl. Änderung des Ausgleichstitels

Einzelplan	Ergebnis	SPD	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	FDP	PIRATEN	Bemerkungen
Text Haushalts- gesetz	verändert angenommen	+	-	+	-	-	Folgeänderungen in Haushaltsvolumen und Kreditermächtigung Ziffer 2 ändert Kapitel 20 650, Titel 325 00

Die Änderungsanträge zum Text des Haushaltsgesetzes (§ 1 - Haushaltsvolumen, § 2 - Kreditermächtigung) ergaben sich aus den zuvor angenommenen Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen und sind ebenfalls im Anhang dargestellt. Die Änderung der Schuldenaufnahme (Kapitel 20 650, Titel 325 00) ist ebenfalls im Veränderungsnachweis dargestellt. Für den Haushaltsausgleich wird auf den ebenfalls im Anhang dargestellten Änderungsantrag zum Ausgleichstitel hingewiesen. Die Veränderungen im Haushaltsgesetzestext und in den Anlagen sind in der Beschlussempfehlung an das Plenum dargestellt. Die Verpflichtungsermächtigungen sind in der Haushaltsübersicht dargestellt. Die Nettoneuverschuldung sinkt mit den dargestellten Veränderungen auf 1.931.437.900 Euro.

In der abschließenden Gesamtabstimmung wurde der Haushaltsgesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung mit den zur Vorbereitung der 3. Lesung im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Änderungen, einschließlich Personaletat, den Anlagen zum Haushaltsgesetz, einschließlich Gesamtplan, den Übersichten und den Einzelplänen in der Fassung der in dieser Sitzung zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN **angenommen**.

Christian Möbius  
Vorsitzender

Anhang: Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN  
 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums mit

Anlage zum Haushaltsgesetz 2015: Gesamtplan  
 (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht, Kreditfinanzierungsplan)

Anlage zum  
Haushaltsgesetz

**Haushaltsplan  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
für das Haushaltsjahr  
2015**

**Gesamtplan**

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Haushaltsübersicht

Einzelplan	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigungen	Ausgaben
	2015 (TEUR)	2014* (TEUR)	2015 (TEUR)	2015 (TEUR)	2014* (TEUR)
01 Landtag	195,2	336,6	126 171,6	6 000,2	123 604,6
02 Ministerpräsidentin	862,5	802,5	121 398,0	18 510,0	120 469,7
03 Ministerium für Inneres und Kommunales	188 331,2	310 403,8	5 337 029,6	351 563,5	5 066 435,1
04 Justizministerium	1 199 239,0	1 199 141,5	3 882 344,9	596 276,4	3 796 955,0
05 Ministerium für Schule und Weiterbildung	264 874,3	195 001,1	16 211 916,4	262 809,4	15 605 415,1
06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	1 239 984,8	1 105 189,8	7 802 262,3	717 700,0	7 890 813,1
07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	109 937,3	166 832,7	3 023 545,4	113 389,1	2 907 229,3
09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	1 872 608,1	1 837 855,4	3 137 299,2	1 611 311,6	3 032 701,5
10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	385 642,8	262 167,7	945 676,6	823 121,3	925 967,8
11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	3 012 818,6	2 750 487,8	3 922 881,5	229 756,1	3 593 647,5
12 Finanzministerium	749 035,5	741 464,4	2 108 242,3	46 828,0	2 053 338,2
13 Landesrechnungshof	163,7	417,9	41 257,1	-,-	40 515,9
14 Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	266 305,8	259 017,3	765 898,2	303 698,6	760 785,2
15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	235 833,4	224 347,7	1 028 542,0	189 255,6	993 258,5
20 Allgemeine Finanzverwaltung	54 759 419,1	53 496 989,3	15 830 786,2	200 382,0	15 639 319,0
Zusammen	64 285 251,3	62 550 455,5	64 285 251,3	5 470 601,8	62 550 455,5

\* Stand: Nachtragshaushalt 2014.

Hinweis:

Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

## FINANZIERUNGSÜBERSICHT

		( Mio EUR )
<b>I.</b>	<b>HAUSHALTSVOLUMEN</b>	64.285,3
<b>II.</b>	<b>ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSALDOS</b>	
1.	<b>Ausgaben</b> (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehibeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	63.745,7
2.	<b>Einnahmen</b> (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	62.199,0
3.	<b>Finanzierungssaldo</b>	-1.546,7
<b>III.</b>	<b>ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSALDOS</b>	
4.	<b>Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt</b>	
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	20.581,8
4.2	abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	18.498,8
4.3	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	2.083,0
5.	zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	0,0
6.	abzüglich Zuführung an Rücklagen	537,0
7.	zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	0,7
8.	abzüglich Fehibeträge aus Vorjahren	0,0
9.	Finanzierungssaldo	-1.546,7
<b>IV.</b>	<b>NACHRICHTLICH</b>	
	<b>ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL</b>	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	2.083,0
	zuzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	18.498,8
	Kreditermächtigung (brutto)	20.581,8

## KREDITFINANZIERUNGSPLAN

		( Mio EUR )
<b>I.</b>	<b>EINNAHMEN AUS KREDITEN</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt (brutto)	0,0 20.581,8
	Zusammen	20.581,8
<b>II.</b>	<b>TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	151,6 18.498,8
	Zusammen	18.650,4
<b>III.</b>	<b>NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	-151,6 2.083,0
	Zusammen	1.931,4

**Änderungsantrag zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																															
1	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	<p><b>Kapitel 01 010 Landtag</b> <b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2015</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2014</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">6.031.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.795.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">286.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">6.317.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Erhöhung der Planstellenzahl</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">von</td> <td style="width: 30%;">27 Bes. Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin</td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1 Bes. Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>28 Bes. Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Zusätzlicher Bedarf durch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses III (NSU) sowie durch verstärkten Beratungsbedarf und die Umsetzung der Veröffentlichungspflichten im Zusammenhang mit den Transparenzregelungen sowie zur Flexibilisierung bei der Verwendung der Mitarbeiterpauschalen. Die zusätzlichen Planstellen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss III werden in Kapitel 01 010 Titelgruppe 60 ausgewiesen (vgl. gesonderter Antrag).</p>		2015	Ansatz lt. HH 2014	von	6.031.100 Euro	5.795.900 Euro	um	286.600 Euro		auf	6.317.700 Euro		von	27 Bes. Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin		um	1 Bes. Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin		auf	28 Bes. Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2015	Ansatz lt. HH 2014																																
von	6.031.100 Euro	5.795.900 Euro																																
um	286.600 Euro																																	
auf	6.317.700 Euro																																	
von	27 Bes. Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin																																	
um	1 Bes. Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin																																	
auf	28 Bes. Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin																																	
SPD	ja																																	
CDU	ja																																	
GRÜNE	ja																																	
FDP	ja																																	
PIRATEN	ja																																	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
2	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	<p><b>Kapitel 01 010 Landtag</b> <b>Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;">2015</td> <td style="width: 35%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2014</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.639.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.543.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.689.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Zusätzlicher Bedarf durch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses III (NSU). Hier: Einrichtung einer zusätzlichen Stelle in der Titelgruppe 60. Die Veranschlagung der Personalkosten erfolgt im Stammhaushalt.</p>		2015	Ansatz lt. HH 2014	von	10.639.200 Euro	10.543.400 Euro	um	50.000 Euro		auf	10.689.200 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2015	Ansatz lt. HH 2014																							
von	10.639.200 Euro	10.543.400 Euro																							
um	50.000 Euro																								
auf	10.689.200 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
3	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	<p><b>Kapitel 01 010 Landtag</b> <b>Titelgruppe 60 Ausgaben für Parlamentarische</b> <b>Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für</b> <b>Enquete-Kommissionen und für andere</b> <b>befristete parlamentarische Gremien</b></p> <p><b>Titel 422 60 Bezüge der Beamten und Richter</b></p> <p>Erhöhung der Planstellenzahl von 0 Bes. Gr. A 16 Ministerialrat/Ministerialrätin um 2 Bes. Gr. A 16 Ministerialrat/Ministerialrätin auf 2 Bes. Gr. A 16 Ministerialrat/Ministerialrätin</p> <p>Erhöhung der kw-Vermerke zum 31.07.2017 zur Bes. Gr. A 16 Ministerial- rat/Ministerialrätin von 0 um 2 auf 2</p> <p>Aufnahme eines Haushaltsvermerkes zur Bes. Gr. A 16 Ministerial- rat/Ministerialrätin Auf diesen Stellen können Richter/Richterinnen oder Staatsanwäl- te/Staatsanwältinnen der Bes. Gr. R 1 oder R 2 geführt werden.</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP ja PIRATEN ja</p>

		<p>Erhöhung der Planstellenzahl  von 8 Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin  um 1 Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin  auf 9 Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin</p> <p>Erhöhung der kw-Vermerke zum 31.07.2017 zur Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin  von 5  um 1  auf 6</p> <p>Erhöhung der Planstellenzahl  von 4 Bes. Gr. A 13 Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin  um 1 Bes. Gr. A 13 Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin  auf 5 Bes. Gr. A 13 Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin</p> <p>Erhöhung der kw-Vermerke zum 31.07.2017 zur Bes. Gr. A 13 Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin  von 4  um 1  auf 5</p> <p><b>Begründung:</b>  Zusätzlicher Personalbedarf durch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses III (NSU). Die Ausweisung des erforderlichen Personalbudgets erfolgt bei Kapitel 01 010 Titel 422 01 (vgl. gesonderter Antrag).</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
4	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	<p><b>Kapitel 01 010 Landtag</b> <b>Titelgruppe 60 Ausgaben für parlamentarische</b> <b>Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für</b> <b>Enquete-Kommissionen und für andere</b> <b>befristete parlamentarische Gremien</b></p> <p><b>Titel 428 60 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und</b> <b>Arbeitnehmer</b></p> <p>Erhöhung der Stellenzahl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 6 vergleichbar Mittlerer Dienst um 1 vergleichbar Mittlerer Dienst auf 7 vergleichbar Mittlerer Dienst</p> <p>Erhöhung der kw-Vermerke zum 31.07.2017 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergleichbar Mittlerer Dienst von 3 um 1 auf 4</p> <p><b>Begründung:</b> Zusätzlicher Personalbedarf durch die Einsetzung eines parlamentari- schen Untersuchungsausschusses III (NSU). Die Ausweisung des erfor- derlichen Personalbudgets erfolgt bei Kapitel 01 010 Titel 428 01 (vgl. gesonderter Antrag).</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP ja PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
5	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	<p><b>Kapitel 01 010 Landtag</b> <b>Titelgruppe 60 Ausgaben für Parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für Enquete-Kommissionen und für andere befristete parlamentarische Gremien</b></p> <p><b>Titel 517 60 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2015</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2014</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">37.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">37.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">18.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">55.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Zusätzlicher Bedarf durch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses III (NSU).</p>		2015	Ansatz lt. HH 2014	von	37.500 Euro	37.500 Euro	um	18.000 Euro		auf	55.500 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP ja PIRATEN ja</p>
	2015	Ansatz lt. HH 2014													
von	37.500 Euro	37.500 Euro													
um	18.000 Euro														
auf	55.500 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																															
6	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	<p><b>Kapitel 01 010 Landtag</b> <b>Titelgruppe 60 Ausgaben für Parlamentarische</b> <b>Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für</b> <b>Enquete-Kommissionen und für andere</b> <b>befristete parlamentarische Gremien</b></p> <p><b>Titel 518 60 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude</b> <b>und Räume</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2015</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2014</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">350.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">600.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">von</td> <td style="width: 30%; text-align: right;">0 Euro</td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">555.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">555.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>(Fällig zu Lasten des Haushalts 2016 i.H.v. 350.000 und des Haushalts 2017 i.H.v. 205.000 Euro)</p>		2015	Ansatz lt. HH 2014	von	250.000 Euro	250.000 Euro	um	350.000 Euro		auf	600.000 Euro		von	0 Euro		um	555.000 Euro		auf	555.000 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2015	Ansatz lt. HH 2014																																
von	250.000 Euro	250.000 Euro																																
um	350.000 Euro																																	
auf	600.000 Euro																																	
von	0 Euro																																	
um	555.000 Euro																																	
auf	555.000 Euro																																	
SPD	ja																																	
CDU	ja																																	
GRÜNE	ja																																	
FDP	ja																																	
PIRATEN	ja																																	

		<p><b>Begründung:</b> Zusätzlicher Sachmittelbedarf durch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses III (NSU).</p> <p>Im Einzelnen: Miete Räume Lippestraße                      350.000 Euro</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
7	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	<p><b>Kapitel 01 010 Landtag</b>  <b>Titelgruppe 60 Ausgaben für Parlamentarische</b>  <b>Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für</b>  <b>Enquete-Kommissionen und für andere</b>  <b>befristete parlamentarische Gremien</b></p> <p><b>Titel 519 60 (neu) Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken,</b>  <b>Gebäuden und Räumen</b></p> <p><b>Einrichtung eines Titels und Erhöhung des Baransatzes</b></p> <p style="text-align: center;">2015</p> <p>von 0 Euro  um 350.000 Euro  auf 350.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Zusätzlicher Bedarf durch die Einsetzung eines parlamentarischen Unter-  suchungsausschusses III (NSU).</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja  CDU ja  GRÜNE ja  FDP ja  PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
8	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	<p><b>Kapitel 01 010 Landtag</b> <b>Titelgruppe 60 Ausgaben für Parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für Enquete-Kommissionen und für andere befristete parlamentarische Gremien</b></p> <p><b>Titel 547 60 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2015</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2014</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">190.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">190.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">634.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">824.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Zusätzlicher Sachmittelbedarf durch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses III (NSU).</p>		2015	Ansatz lt. HH 2014	von	190.000 Euro	190.000 Euro	um	634.000 Euro		auf	824.000 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP ja PIRATEN ja</p>
	2015	Ansatz lt. HH 2014													
von	190.000 Euro	190.000 Euro													
um	634.000 Euro														
auf	824.000 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
9	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	<p><b>Kapitel 01 010 Landtag</b>  <b>Titelgruppe 60 Ausgaben für Parlamentarische</b>  <b>Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für</b>  <b>Enquete-Kommissionen und für andere</b>  <b>befristete parlamentarische Gremien</b>  <b>Titel 684 60 Zuschüsse an Fraktionen</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2015</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2014</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.800.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.350.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">660.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">3.460.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Zusätzlicher Bedarf der Fraktionen durch die Einsetzung eines parlamen-  tarischen Untersuchungsausschusses III (NSU).</p>		2015	Ansatz lt. HH 2014	von	2.800.000 Euro	2.350.000 Euro	um	660.000 Euro		auf	3.460.000 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja  CDU ja  GRÜNE ja  FDP ja  PIRATEN ja</p>
	2015	Ansatz lt. HH 2014													
von	2.800.000 Euro	2.350.000 Euro													
um	660.000 Euro														
auf	3.460.000 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
10	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 541 10 Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.350.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.300.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>150.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.200.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2013 waren deutlich niedriger als der Ansatz. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage ist es notwendig, die Mittel in diesem Aufgabenbereich zu reduzieren.</p>	<b>2015</b>			<b>2014</b>	von	1.350.000	Euro	1.300.000	um	150.000	Euro		auf	1.200.000	Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
<b>2015</b>			<b>2014</b>																										
von	1.350.000	Euro	1.300.000																										
um	150.000	Euro																											
auf	1.200.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
11	FDP	<p><b>Kapitel 02 025      Besondere Bewilligungen</b> <b>TG 60                    Expo Fortschrittmotor Klimaschutz,</b> <b>                                  Energiewende</b></p> <p>Streichung der Titelgruppe</p> <p><b>2015</b> Mit Ausgaben von    2.500.000 Euro Mit Einnahmen von                    0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung besteht für solche neuen Auf- gaben des Landes kein Spielraum.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein CDU            Enth. GRÜNE        nein FDP            ja PIRATEN        nein</p>



**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
13	FDP	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt</b></p> <p><b>Titel 684 10 Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>250.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>250.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Diese Projekte werden überwiegend bereits durch die EU gefördert. Deshalb wird der Ansatz aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert.</p>		<b>2015</b>			<b>2014</b>	von	250.000	Euro		200.000 Euro	um	250.000	Euro			auf	0	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	<b>2015</b>			<b>2014</b>																													
von	250.000	Euro		200.000 Euro																													
um	250.000	Euro																															
auf	0	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	Enth.																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	Enth.																																



**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
15	FDP	<p><b>Kapitel 02 060      Medien</b> <b>Titel 541 60      Ausgaben für Veranstaltungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>Von            215.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">215.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um            215.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf            0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Mittel sind nicht erforderlich. Ein konkretes Konzept zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Medienbereich ist nicht zu erkennen. Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sind aus dem entsprechenden Titel der Staatskanzlei zu finanzieren.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	Von            215.000 Euro	215.000 Euro	um            215.000 Euro		auf            0 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
Von            215.000 Euro	215.000 Euro																				
um            215.000 Euro																					
auf            0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																								
16	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b></p> <p><b>Titel 514 10 Ausgaben für Impfmaßnahmen für die Bewohner von Aufnahmeeinrichtungen des Landes</b></p> <p><b>Titel 547 10 Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern in Aufnahmeeinrichtungen des Landes</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes bei Titel 514 10</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>3.150.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.225.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>4.375.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung des Ansatzes bei Titel 547 10</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2015</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2014</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>25.720.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">16.800.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>279.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>25.999.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table>	<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	3.150.000 Euro	0 Euro	um	1.225.200 Euro		auf	4.375.200 Euro		2015		Ansatz lt. HH 2014	von	25.720.000 Euro	16.800.000 Euro	um	279.800 Euro		auf	25.999.800 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN ja</p>
<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																									
von	3.150.000 Euro	0 Euro																									
um	1.225.200 Euro																										
auf	4.375.200 Euro																										
2015		Ansatz lt. HH 2014																									
von	25.720.000 Euro	16.800.000 Euro																									
um	279.800 Euro																										
auf	25.999.800 Euro																										

		<p><b>Begründung:</b> Der Betrag für die Impfkosten und damit verbundenen ärztlichen Leistungen wurde vom MGEPA mittlerweile neu berechnet und differenziert nun zwischen den Kosten, die für die Impfung von Kindern erforderlich sind und denen für Erwachsene. Die Impfkosten für Kinder werden vom MGEPA nunmehr mit 160 € gesamt angegeben, für Erwachsene werden 90 € veranschlagt. Nach statistischen Erhebungen sind weltweit die Hälfte aller Flüchtlinge Kinder. Die Zahl der Flüchtlinge ist für 2015 derzeit mit 43.000 prognostiziert.</p> <p>Nach den o.a. Grundsätzen ergibt sich für folgende Gesamtrechnung: 21.500 Kinder x 160 € (3.44 Mio. €) + 21.500 Erwachsene x 90 € (1.935 Mio. €).</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
17	SPD GRÜNE	<b>Kapitel</b>	<b>03 030</b>	<b>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>	<b>angenommen</b>
		<b>Titel</b>	<b>633 20</b>	<b>Landeszuweisung nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG- für ausländische Flüchtlinge nach § 2 FlüAG</b>	SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN nein
		Erhöhung des Ansatzes			
		<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	
		von	143.046.000 Euro	91.130.000 Euro	
		um	40.000.000 Euro		
		auf	183.046.000 Euro		
		<b>Begründung:</b>			
		Die Erhöhung der FlüAG Pauschalen ist Ergebnis des Flüchtlingsgipfels vom 20.10.2014.			

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
18	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 030</b></p> <p><b>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b></p> <p><b>Neue Titel 633 23</b></p> <p><b>Härtefallfond für Krankheitskosten Asylsuchender</b></p> <p><b>2015</b> von 0 Euro um 3.000.000 Euro auf 3.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Mit der Einrichtung eines Härtefallfonds sollen u.a. die Kommunen in den Fällen unterstützt werden, in denen besonders hohe Krankheits- und Pflegeaufwendungen für Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen.</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungsergeb- nis
19	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 030</b></p> <p><b>Neuer Titel 633 24</b></p> <p><b>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b></p> <p><b>Zuweisungen an Gemeinden in Höhe der Hälfte des auf das Land Nordrhein- Westfalen entfallenden Anteils aus dem Festbetrag an der Umsatzsteuer gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern</b></p> <p><b>2015</b> von 0 Euro um 54.000.000 Euro auf 54.000.000 Euro</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Die Erläuterungen werden wie folgt gefasst:  <i>„Die Gemeinden erhalten die Mittel zum Ausgleich von Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern. Die Ermächtigung zur Leistung von Ausgaben erhöht oder vermindert sich um 50 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 20 010 Titel 015 30. Die Verteilung wird vom Ministerium für Inneres und Kommunales entsprechend dem Zuweisungsschlüssel der Mittel an die Gemeinden nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz festgelegt.“</i></p> <p><b>Begründung:</b> Die Einrichtung des Titels ist notwendig geworden aufgrund der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern.</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
20	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b></p> <p><b>Titel 633 50 Erstattung der Aufwendungen an die Gemeinden für die Unterhaltung der Unterbringungsplätze, die Betreuung sowie die Leistungen an ausländische Flüchtlinge in Aufnahmeeinrichtungen des Landes nach § 44 AsylVfG</b></p> <p>Verminderung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>38.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">14.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>283.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>37.716.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Es handelt sich um die anteilige Jahresmiete für die ab November 2015 vorgesehene Anmietung einer Asylbewerberunterkunft in Essen. Die Mittel sind bei Kapitel 03 310 Titel 518 01 zu veranschlagen. Für die Veranschlagung bei Kapitel 03 030 Titel 633 50 war die Annahme ursächlich, dass die Stadt Essen die Unterkunft selbst betreibt und hierfür eine Erstattung erhält. Demgegenüber ist nunmehr eine Anmietung durch das Land vorgesehen.</p>	<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	38.000.000 Euro	14.000.000 Euro	um	283.500 Euro		auf	37.716.500 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																							
von	38.000.000 Euro	14.000.000 Euro																							
um	283.500 Euro																								
auf	37.716.500 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
21	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b></p> <p><b>Titel 684 20 soziale Beratung von Flüchtlingen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>3.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>7.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Zuweisungen für die soziale Beratung von Flüchtlingen werden um 3,5 Mio. Euro erhöht. Zum einen soll damit eine individuelle Verfahrensberatung in den Landeseinrichtungen, eine flächendeckende regionale Beratung vor Ort und eine bedarfsgerechtere psychosoziale Beratung für traumatisierte Flüchtlinge gewährleistet werden. Darüber hinaus soll mit diesen Mitteln ein dezentrales Beschwerdemanagement in den Landeseinrichtungen geschaffen sowie das ehrenamtliche Engagement aktiviert bzw. koordiniert werden. Dies ist u.a. Ergebnis des Flüchtlingsgipfels vom 20.10.2014.</p>	<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	3.500.000 Euro	3.000.000 Euro	um	3.500.000 Euro		auf	7.000.000 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																							
von	3.500.000 Euro	3.000.000 Euro																							
um	3.500.000 Euro																								
auf	7.000.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalausgaben

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
22	FDP	<p><b>Kapitel 03 110 Polizei</b> <b>Titel 422 02 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes und Einrichtung von 300 weiteren Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst A9 g.D. Kommissaranwärter/innen und Erhöhung der Anzahl der beabsichtigten Einstellungen um 300 auf 1.822 Einstellungen von Kommissaranwärtern/innen A9 g.D. sowie entsprechende Anpassung des Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>60.889.700 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">60.889.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>4.039.564 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>64.929.264 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Rot-Grün hat den Abbau von über 3.700, faktisch sogar bis zu 4.300 Polizeistellen eingeleitet. Bildlich gesprochen bedeutet das den Abbau der doppelten Zahl an Beamten, die derzeit in den 18 Hundertschaften in NRW Dienst tun. Trotz der bereits derzeit sehr hohen Belastungssituation der Polizei NRW bei zunehmenden Aufgaben, Eigengefahren durch zunehmende Gewalt, Personalengpässen aufgrund von hohen Kranken- und Ausfallzahlen, hohem Durchschnittsalter und Überstundenkontingen-ten. Dies sind nur einige klare Indikatoren dafür, dass schon die derzeitige</p>	<b>2015</b>			<b>2014</b>	von	60.889.700 Euro		60.889.700 Euro	um	4.039.564 Euro			auf	64.929.264 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>			<b>2014</b>																										
von	60.889.700 Euro		60.889.700 Euro																										
um	4.039.564 Euro																												
auf	64.929.264 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

		<p>Personalausstattung der Polizei in NRW eine Aufgabenerledigung innerhalb der Belastungsgrenzen kaum zulässt. Personalabbau in dieser Form wird unweigerlich zu einer weiteren Belastung der Polizeibeamtinnen und -beamten führen und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger weiter einschränken.</p> <p>Nur weil durch den demografischen Wandel die Bevölkerung prognostisch abnimmt, wird die Zahl Krimineller, politischer und religiöser Extremisten, Gefährder sowie Störer in NRW nicht weniger. Im Gegenteil: NRW ist ein Paradies für Einbrecher, eine Hochburg von Salafisten, beliebter Aktionsraum von Rockern und Mafia sowie Schauplatz von zunehmender Gewalteskalation verschiedenster Gruppen.</p> <p>Struktur, Standort und Besetzungszeiten der Polizeiwachen vor Ort einschließlich Funkstreifen und Bezirksdienststellen sind für Einsatzreaktionszeiten, polizeiliche Verfügbarkeit und bürgernahe Präsenz maßgeblich. Die richtige Personalzuweisung an und Personalverwendung in den Kreispolizeibehörden hat dies sicherzustellen. Einer Schließung von Polizeiwachen oder Reduzierung von Streifenwagenbesatzungen vor Ort gilt es entschieden entgegenzutreten. Auch die 18 Einsatzhundertschaften und zwei Reiterstaffeln in NRW müssen unverändert beibehalten werden. Sie sind Garant, dass die vielen Versammlungen, Fußballspiele, Einsätze gegen Extremisten oder Organisierte Kriminalität einschließlich späterer Gerichtsverhandlungen und Schwerpunkteinsätze gegen Kriminelle durchgeführt werden können. Und wer Kriminalität nicht nur verwalten, sondern effektiv bekämpfen will, muss das erforderliche Personal dazu einsetzen und Kripo- und Einsatztrupps schlagkräftig aufstellen.</p> <p>Der von Rot-Grün eingeleitete Abbau jeder zehnten Polizeistelle in Nordrhein-Westfalen würde die Kreispolizeibehörden im Land personell spürbar ausdünnen. Allein die Polizei Köln würde 436 von derzeit 4.358 Stellen verlieren. Absehbar ist aber, dass insoweit der ländliche Raum spürbar stärker beschnitten werden würde als die Ballungsräume. Diese Pläne auf Kosten der Sicherheit unserer Bürger, Wirtschaft und Beamten lehnen wir entschieden ab und fordern eine Erhöhung der Zahl der Polizeianwär-</p>	
--	--	---	--

		ter von 1.522 auf 1.822 bereits im Jahr 2015. Es ist ein zweiter Einstellungstermin einzurichten, so dass eine optimale Nutzung der Räumlichkeiten und Dozenten sichergestellt ist.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
23	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen</b>  <b>Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>  <b>Änderung der Erläuterung wie folgt:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Zahl der Stellen des vergleichbar höheren Dienstes wird von 38 um 2 Stellen auf 40 erhöht.</li> <li>- Die Zahl der Stellen des vergleichbar gehobenen Dienstes wird von 780 um 18 auf 798 erhöht.</li> <li>- Die Zahl der Stellen des vergleichbar mittleren Dienstes wird von 1271 um 1 auf 1272 erhöht.</li> <li>- Die insgesamt 21 neuen Stellen werden mit kw-Vermerk zum 01.08.2017 versehen</li>   <li>- Die Stellen dienen der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern</li> </ul> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>111.482.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">122.522.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.375.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>112.857.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Ange­sichts der steigenden Asylbewerberzahlen werden die Stellen und Mittel bei der Bezirksregierung Arnsberg für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen benötigt.</p>	<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	111.482.200 Euro	122.522.500 Euro	um	1.375.100 Euro		auf	112.857.300 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																							
von	111.482.200 Euro	122.522.500 Euro																							
um	1.375.100 Euro																								
auf	112.857.300 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
24	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen</b> <b>Titel 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>5.379.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.801.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>5.040.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>10.419.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>In die Erläuterungen ist aufzunehmen:</p> <p>Die Mittel aus diesem Titel dürfen nicht zur Erwirtschaftung der Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</p> <p><b>Begründung:</b> Im Zuge weiterer notwendiger Anmietungen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen in 2015 bedarf es einer entsprechenden Erhöhung der für Mietnebenkosten veranschlagten Haushaltsmittel. Die Mietnebenkosten sind aufgrund der Besonderheiten der Mietobjekte (insbesondere Sicherung der Gebäude, hohe Belegung) in den meisten der bestehenden Mietverträge vergleichsweise hoch. Bei der Berechnung der Erhöhung des Ansatzes wurde ein Mittelwert aus den Erfahrungswerten der bisherigen Mietverträge gebildet.</p>	<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	5.379.700 Euro	1.801.600 Euro	um	5.040.000 Euro		auf	10.419.700 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																							
von	5.379.700 Euro	1.801.600 Euro																							
um	5.040.000 Euro																								
auf	10.419.700 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
25	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel        03 310        Fünf Bezirksregierungen</b> <b>Titel            518 01            Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">15.970.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.406.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">42.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">16.013.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Mehr in Höhe von 283.500 EUR durch Verlagerung aus Kapitel 03 030 Titel 633 50, weniger in Höhe von 240.900 EUR als Deckungsbeitrag für die Ansatzserhöhung bei Kapitel 03 310 Titel 712 01 (neu); vergleiche vorliegende Änderungsanträge zu diesen Titeln.</p>	<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	15.970.900 Euro	7.406.900 Euro	um	42.600 Euro		auf	16.013.500 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2015</b>		<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																							
von	15.970.900 Euro	7.406.900 Euro																							
um	42.600 Euro																								
auf	16.013.500 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
26	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 310</b>      <b>Fünf Bezirksregierungen</b>  <b>Neuer Titel 712 01</b>      <b>Herrichtung von Unterkünften für Flücht-  linge und Asylbewerber auf dem ehemali-  gen JHQ-Gelände in Mönchengladbach</b></p> <p><b>2015</b>  von                      0 Euro  um                      8.240.900 Euro  auf                      8.240.900 Euro</p> <p><b>Neue Verpflichtungsermächtigung</b>  von                      0 Euro  um                      3.089.100 Euro  auf                      3.089.100 Euro (fällig im HJ 2016)</p> <p><b>Begründung:</b>  Auf dem ehemaligen JHQ-Gelände in Mönchengladbach sollen in 2015  Unterkünfte für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge entstehen.  Nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobi-  lienaufgaben als Vermieterin ist vorgesehen, dass das Land die zur An-  mietung vorgesehenen Gebäude für eine entsprechende Nutzung erst-  mals herrichtet. Dies beinhaltet auch die Herstellung der Anschlüsse an  das öffentliche Ver- und Entsorgungs- sowie das Telekommunikations-  netz. Nach der aktuellen Planungen sind 11.000.000 € an Investitionskosten  und 3 % als Honorar für den BLB als Baudienstleister vorgesehen, so  dass sich ein Gesamtvolumen von 11.330.000 Euro ergibt.</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD                      ja  CDU                      Enth.  GRÜNE                      ja  FDP                      Enth.  PIRATEN                      Enth.</p>

		<p>Eine Deckung in Höhe von 240.900 Euro - anteiliges BLB-Honorar - erfolgt aus Kapitel 03 310 Titel 518 01.</p> <p>In die Erläuterungen ist aufzunehmen:</p> <p>Bis zum Vorliegen der Haushaltsunterlagen gem. § 24 Absatz 1 LHO sind die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigung gemäß § 24 Absatz 3 Satz 3 LHO gesperrt. Die Aufhebung des Sperrvermerks wird dem Haushalts- und Finanzausschuss durch den Finanzminister zugeleitet.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
27	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 04 210</b>      <b>Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft</b>  <b>Titel 422 01</b>        <b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen  und Richter</b></p> <p>Die Zahl der Planstellen für Staatsanwälte/Staatsanwältinnen der BesGr. R 1 wird von 734 um 5 auf 739 erhöht.</p> <p>Ergänzung der Planstellenübersicht bei der Besoldungsgruppe R1 Staatsanwalt/Staatsanwältin: „davon 5 kw zum 31.07.2017“.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">670.560.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">669.003.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">293.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">670.853.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die 5 Planstellen für Staatsanwälte/Staatsanwältinnen dienen der Sicherstellung der Einstellung von Ersatzkräften für an die Staatskanzlei, die Landtagsverwaltung oder in anderen Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen abgeordnete Staatsanwältinnen und Staatsanwälte für den</p>		<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	670.560.400 Euro	669.003.100 Euro	um	293.300 Euro		auf	670.853.700 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	ja
	<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																							
von	670.560.400 Euro	669.003.100 Euro																							
um	293.300 Euro																								
auf	670.853.700 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
PIRATEN	ja																								

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
		geplanten sog. „NSU“-Untersuchungsausschuss. Die Bezüge der abgeordneten Bediensteten sollen dabei weiter aus dem Personalausgabenbudget der Justiz getragen werden.	



**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																										
29	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 05 072 Landesförderungen der Weiterbildung</b>  <b>Titel 633 20 Zuweisungen für zertifizierte Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 41.696.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">41.619.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 240.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 41.936.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Titel 684 10 Zuschüsse für zertifizierte Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 43.018.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">42.780.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 260.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 43.278.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Der unvorhergesehene Zuzug von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien und in vergleichbaren Lebenslagen (z.B. Sinti und Roma) erfordert zusätzliche Kurse der Weiterbildungseinrichtungen in kommunaler und in anderer Trägerschaft zur Sprachförderung einschließlich – falls erforderlich – für Alphabetisierungskurse für neu zugewanderte Er-</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 41.696.000 Euro	41.619.000 Euro	um 240.000 Euro		auf 41.936.000 Euro		<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 43.018.000 Euro	42.780.000 Euro	um 260.000 Euro		auf 43.278.000 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
<b>2015</b>	<b>2014</b>																												
von 41.696.000 Euro	41.619.000 Euro																												
um 240.000 Euro																													
auf 41.936.000 Euro																													
<b>2015</b>	<b>2014</b>																												
von 43.018.000 Euro	42.780.000 Euro																												
um 260.000 Euro																													
auf 43.278.000 Euro																													
SPD	ja																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	ja																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	ja																												

		wachsene und Jugendliche ab 16 Jahren. Die Weiterbildungseinrichtungen verfügen über sehr gute Erfahrungen und das qualifizierte Personal. Es gibt die erklärte Absicht, sich dieser Aufgabe anzunehmen (u.a. Resolution des Volkshochschulverbandes vom 30.10.2014). Die Verteilung auf die Trägergruppen entspricht den Erläuterungen im Haushaltsplan.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
30	FDP	<p><b>Kapitel 05 077      Qualitäts- und UnterstützungsAgentur - Landesinstitut für Schule (QUA-LiS NRW)</b></p> <p><b>Titel 422 01      Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">6.474.100 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">4.541.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.474.100 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Notwendigkeit einer Einrichtung eines neuen Landesinstituts ist höchst zweifelhaft. Die Aufgabenwahrnehmung, die der Arbeit des Instituts zugrunde liegt, müsste eigentlich durch bestehende Strukturen geleistet werden. Da inzwischen jedoch eine Vielzahl für das Schulleben unerlässlicher Aufgaben in das Landesinstitut verlagert wurde, ist eine vollständige Streichung des Kapitels nicht sinnvoll. Allerdings ist es inakzeptabel, dass mit dem Haushalt 2015 weitere 20 Stellen für das QUA-LiS bereitgestellt werden sollen, da bereits von zuvor zur Verfügung gestellten 73 Planstellen derzeit 31 nicht besetzt sind. Die 20 Stellen werden gestrichen, hierbei wird mit 50.000 € pro Stelle valuiert.</p>		<b>2015</b>		<b>2014</b>	von	6.474.100 Euro		4.541.400 Euro	um	1.000.000 Euro			auf	5.474.100 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2015</b>		<b>2014</b>																										
von	6.474.100 Euro		4.541.400 Euro																										
um	1.000.000 Euro																												
auf	5.474.100 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																									
31	FDP	<p><b>Kapitel 05 300      Schulen gemeinsam</b> <b>Titel 422 01        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td><b>2015</b></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">425.403.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">399.874.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">425.153.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>In Kapitel 05 300 werden 5 zusätzliche Stellen befristet für 3 Jahre bis 2015 für die Entwicklung der Schullandschaft, insbesondere für Inklusion und Sekundarschulen, bereitgestellt. Zu Recht sind bereits in der Vergangenheit für Beratungstätigkeiten für die Inklusion zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt worden. Darüber hinaus betont die Landesregierung kontinuierlich, wie gut die Sekundarschulen angenommen würden. Daher bedarf es dieser 5 Stellen nicht. Die Stellen werden mit 50.000 € valuiert abgesetzt.</p>			<b>2014</b>	<b>2015</b>			von	425.403.000 Euro	399.874.700 Euro	um	250.000 Euro		auf	425.153.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
		<b>2014</b>																										
<b>2015</b>																												
von	425.403.000 Euro	399.874.700 Euro																										
um	250.000 Euro																											
auf	425.153.000 Euro																											
SPD	nein																											
CDU	nein																											
GRÜNE	nein																											
FDP	ja																											
PIRATEN	nein																											

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																						
32	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 05 300 Schule gemeinsam</b> <b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>425.403.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">399.874.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>14.239.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>439.642.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Planstellenzahl von 6.042 Bes. Gr. A 13 Studienrat / Studienrätin um 310 Bes. Gr. A 13 Studienrat / Studienrätin auf 6.352 Bes. Gr. A 13 Studienrat / Studienrätin</p> <p>Anfügung in der Planstellenübersicht bei der Bes. Gr. A 13 Studienrat / Studienrätin davon 310 (0) kw zum 1. August 2017</p> <p>Die Erläuterungen zu Titel 422 01 Buchstabe c) und f) werden wie folgt gefasst: „c) 170 (124) für Mitarbeit in kommunalen Integrationszentren, der landesweiten Koordinierungsstelle (LaKi) und Maßnahmen zur Koordination, Beratung und Qualitätsentwicklung der Integration durch Bildung.“ „f) 3.828 (3.000) Stellen zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarfen für durchgängige Sprachbildung, Sprachförderung und interkulturelle Schul- und Unterrichtsentwicklung zur Integration durch Bildung.“</p>		<b>2015</b>	<b>2014</b>	von	425.403.000 Euro	399.874.700 Euro	um	14.239.900 Euro		auf	439.642.900 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
	<b>2015</b>	<b>2014</b>																							
von	425.403.000 Euro	399.874.700 Euro																							
um	14.239.900 Euro																								
auf	439.642.900 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	ja																								

		<p><b><u>Begründung:</u></b>  Der unvorhergesehene Zuzug von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien und in vergleichbaren Lebenslagen (z.B. Sinti und Roma) erfordert zusätzliche Stellen zur Förderung in der Bildungssprache Deutsch (300) und zur Beratung der Familien (10). Derzeit kann von einer durch diese Zuwanderung bedingten zusätzlichen Schülerzahl von rd. 10.000 Schülerinnen und Schülern ausgegangen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erste schulische Maßnahme nach Zuweisung der Kinder und Jugendlichen an Kommunen ist die Förderung in der Bildungssprache Deutsch. Hierzu werden sog. Vorbereitungs-, Auffang- oder Internationale Förderklassen eingerichtet, in der in der Regel 15-18 Schülerinnen und Schüler lernen. Für eine Klasse werden 0,5 Stellen benötigt. Dies ergibt angesichts der o.g. Zahl ab 1.2.2015 einen zusätzlichen Bedarf von <b>300 Lehrerstellen</b> (Integrationsstellen). Auf diesen Stellen sollen auch Personen aus anderen Berufsgruppen als Lehrkräfte befristet beschäftigt werden können Insoweit wird auf die Erläuterungen zu den Personalausgaben im Kapitel 05 300 verwiesen: "Die in den Kapiteln 05 300 bis 05 410 veranschlagten Planstellen und Stellen dürfen auch zur Wahrnehmung von unterrichtlichen / Unterricht unterstützenden Tätigkeiten durch andere Personen als Lehrkräfte in Anspruch genommen werden."</li> <li>• Für den Beratungsprozess der Familien mit schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen bzw. den ausbildungssuchenden Jugendlichen in den Kommunalen Integrationszentren (KI) besteht für die Gebietskörperschaften, in denen die Zuwanderung besonders stark ist, ein zusätzlicher Bedarf von <b>10 Lehrerstellen (= 1 Lehrerstelle pro KI)</b>.</li> </ul>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
33	FDP	<p><b>Kapitel 05 300      Schulen gemeinsam</b> <b>Titel 462 00        Globale Minderausgabe</b></p> <p>1100 Stellen sind kw. Realisierung erfolgt ausschließlich durch Substituti- on administrativer Tätigkeiten von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schul- leitungen durch Schulverwaltungsassistenten/innen.</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels und Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2014</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">55.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">-55.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Von Lehrern und Lehrerinnen wird eine Vielzahl nicht pädagogischer Leis- tungen erbracht. Diese binden die Lehrkraft, kommen den Kindern und Jugendlichen aber nicht in Form von Betreuung, Erziehung und Unterricht zugute. Schulverwaltungsassistenten/innen werden die Lehrenden zu wichtigen Teilen von diesen bürokratischen Aufgaben entlasten. Es wer- den gleichzeitig 1100 Stellen für Schulverwaltungsassistenten/innen ge- schaffen (vgl. Kapitel 05 300 TG 63).</p>	<b>2015</b>		<b>2014</b>		von	0 Euro	0	Euro	um	55.000.000 Euro			auf	-55.000.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>		<b>2014</b>																											
von	0 Euro	0	Euro																										
um	55.000.000 Euro																												
auf	-55.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
34	FDP	<p><b>Kapitel 05 300      Schulen gemeinsam</b> <b>Titelgruppe 63      Schulverwaltungsassistenz</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2014</b></td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>11.058.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.052.900</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>33.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>44.058.700 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Schulverwaltungsassistenten/innen sollen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen bei der Erfüllung „nichtunterrichtlicher Aufgaben“ entlasten. So können die Pädagogen sich stärker auf die Erteilung des Unterrichts konzentrieren. Zudem können fachfremde Tätigkeiten die Lehrenden demotivieren. Da Lehrkräfte ihrem höheren Bildungsabschluss entsprechend entlohnt werden, wird durch die Ausweitung der Schulverwaltungsassistenz eine sinnvolle Entlastung der Schulen herbeigeführt und gleichzeitig ein Konsolidierungsbeitrag erbracht.</p>	<b>2015</b>		<b>2014</b>		von	11.058.700 Euro	11.052.900	Euro	um	33.000.000 Euro			auf	44.058.700 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
<b>2015</b>		<b>2014</b>																											
von	11.058.700 Euro	11.052.900	Euro																										
um	33.000.000 Euro																												
auf	44.058.700 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enth.																												



		<p><b>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</b></p> <p>von 180.461.500 Euro <span style="float: right;">169.483.500 Euro</span>  um 7.556.600 Euro  auf 188.018.100 Euro</p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Das KiBiZ sieht eine jährliche Erhöhung der Landeszuschüsse um jeweils 1,5 % pro Jahr vor. Dies soll für die OGS mit Wirkung ab dem 1.2.2015 für das laufende Schuljahr erstmals und dann ab dem 1.8.2015 jährlich verlässlich ebenso erfolgen. Die Umsetzung dieses Mehrbedarfs erfordert ab dem 1.2.2015 eine Erhöhung der Fördersätze in der OGS, für grundständige Plätze von 1.140 EUR um 15 EUR auf 1.155 EUR, für Plätze mit sonderpädagogischem Förderbedarf 2.320 EUR um 28 EUR auf 2.348 EUR. Ab dem 1.8.2015 erhöhen sich die Fördersätze von 1.155 EUR um 15 EUR auf 1.170 EUR, für Plätze mit sonderpädagogischem Förderbedarf von 2.348 EUR um 28 EUR auf 2.376 EUR. Darin enthalten ist eine Erhöhung der Mittel für kapitalisierbare Lehrerstellenanteile.</li> <li>2. Der unvorhergesehene Zuzug von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien und in vergleichbaren Lebenslagen (z.B. Sinti und Roma) bewirkt neben der Förderung in der Bildungssprache Deutsch und zur Beratung der Familien ab dem 1.2.2015 und somit zum frühestmöglichen umsetzbaren Zeitpunkt auch zusätzlichen Bedarf an Aufnahmekapazitäten in offenen Ganztagschulen im Primarbereich. Derzeit kann von einer durch diese Zuwanderung bedingten zusätzlichen Zahl von rd. 10.000 Schülerinnen und Schülern im schulpflichtigen Alter ausgegangen werden, von denen voraussichtlich 2.600 einen Platz in der OGS beanspruchen. Grundlage der Förderung sind der erhöhte Fördersatz und die zusätzlichen Lehrerstellen, die für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf bereitgestellt werden. Die Zahl der ab dem 1.2.2015 zur Verfügung stehenden Plätze beträgt 265.100, die Zahl der ab 1.8.2015 zur Verfügung stehenden Plätze beträgt 282.600.</li> </ol>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
36	FDP	<p><b>Kapitel 05 340 Öffentliche Gymnasien</b> <b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Einrichtung von 255 Stellen der Besoldungsgruppe A13 und 258 Stellen der Besoldungsstelle A14</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.532.885.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.562.017.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25.650.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.558.535.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Als Folge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs eröffnet sich die Chance, die Gymnasien zu stärken und z.B. auch im Vergleich mit den strukturell begünstigten Sekundarschulen zu unterstützen. Den Gymnasien soll durchschnittlich eine Stelle zusätzlich bereitgestellt werden. Die Zuweisung der Stellenanteile wird nach Schulgrößen gestaffelt erfolgen, wobei kleinen Gymnasien mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden soll. Über Jahre bestanden in Nordrhein-Westfalen insgesamt 627 Gymnasien. 513 Gymnasien sind öffentliche Gymnasien, wobei gegenwärtig einige auslaufen. Diese sollen aus Gleichbehandlungsgründen ebenfalls die zusätzliche Unterstützung erhalten, um z.B. die individuelle Förderung zu stärken. Eine Stelle wird hierbei mit 50.000 Euro valutiert.</p>		<b>2015</b>	<b>2014</b>	von	1.532.885.800 Euro	1.562.017.800 Euro	um	25.650.000 Euro		auf	1.558.535.800 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2015</b>	<b>2014</b>																							
von	1.532.885.800 Euro	1.562.017.800 Euro																							
um	25.650.000 Euro																								
auf	1.558.535.800 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
37	FDP	<p><b>Kapitel 05 350 Öffentliche Sekundarschulen</b> <b>Titel TG 60 Modellversuch "Längeres gemeinsames Lernen/ Öffentliche Gemeinschaftsschule"</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">14.835.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">15 933 900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">9.435.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Gemeinschaftsschulen erhalten umfängliche Privilegien. Hierzu zählen u.a. ein Versuchszuschlag (5 Stellen), Stellen für einen Differenzierungszuschlag (6 Stellen). Auch sind die Klassenfrequenzrichtwerte mit 24 niedriger als an Sekundarschulen mit 25, noch deutlicher im Vergleich zu Realschulen mit 28, aus denen die Schulen z.B. hervorgegangen sind (57 Stellen). An Realschulen beträgt die Unterrichtsverpflichtung 28 Stunden, hier jedoch nur 25,5 Stunden (40 Stellen). Die zusätzlichen Privilegien werden gestrichen. Die Stellen werden jeweils mit 50.000 € valuiert.</p>		<b>2015</b>	<b>2014</b>	von	14.835.400 Euro	15 933 900 Euro	um	5.400.000 Euro		auf	9.435.400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2015</b>	<b>2014</b>																							
von	14.835.400 Euro	15 933 900 Euro																							
um	5.400.000 Euro																								
auf	9.435.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
38	FDP	<p><b>Kapitel 05 350 Öffentliche Sekundarschulen Titelgruppe 61 Modellversuch "Primus"</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.929.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.504.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.850.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">8.079.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Modellversuch „Primus“ stellt einen weiteren Weg zur leistungslosen Einheitsschule dar. Die Schulen werden mit umfangreichen schwarz-rot-grünen Privilegien ausgestattet. Laut Ministerium für Schule und Weiterbildung handelt es sich um einen Unterschied von 8 Stellen für den Versuchszuschlag, bei einem Vergleich zu den Parametern der Grundschulen um 9 Stellen sowie in der Sek I im Vergleich zu Gesamtschulen um 40 Stellen. Erfragte Unterschiede bezüglich der Unterrichtsverpflichtung im Vergleich zu einer Realschule in der Sek I wurden nicht beantwortet. Aus Fairnessgründen gegenüber anderen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern werden diese Privilegien gestrichen. Dabei wird eine Stelle mit 50.000 Euro valuiert.</p>		<b>2015</b>	<b>2014</b>	von	10.929.200 Euro	1.504.800 Euro	um	2.850.000 Euro		auf	8.079.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2015</b>	<b>2014</b>																							
von	10.929.200 Euro	1.504.800 Euro																							
um	2.850.000 Euro																								
auf	8.079.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																		
40	FDP	<p><b>Kapitel 05 410      Öffentliche Berufskollegs</b> <b>Titel 422 01        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: center;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.051.657.100</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.065.798.100Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">11.450.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.063.107.100</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Rot-Grün streicht an Berufskollegs mit Verweis auf den angeblichen Erfolg ihrer Politik „Schulden für Prävention“ zwischen 2012 und 2015 500 Stellen an Berufskollegs. Mit dem Haushalt 2015 sollen die letzten 229 Stellen gestrichen werden. Rot-Grün kann jedoch keinerlei Beleg für einen Erfolg dieser Politik beibringen, auch können die angeführten Maßnahmen eine entsprechende Wirkung rein zeitlich noch gar nicht entfaltet haben. Um eine Schwächung der Berufskollegs zu verhindern und die schwächeren Schüler in der Ausbildungsvorbereitung zu stärken, wird der Abbau der 229 Stellen gestoppt. Im Gegenzug nimmt Rot-Grün eine angemessene Anpassung bei der von ihr zuvor massiv ausgeweiteten Personalvertretung im Schulbereich vor. Eine Lehrerstelle wird dabei mit 50.000 Euro valuiert.</p>		<b>2015</b>				<b>2014</b>	von	1.051.657.100	Euro			1.065.798.100Euro	um	11.450.000	Euro				auf	1.063.107.100	Euro				<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2015</b>				<b>2014</b>																																
von	1.051.657.100	Euro			1.065.798.100Euro																																
um	11.450.000	Euro																																			
auf	1.063.107.100	Euro																																			
SPD	nein																																				
CDU	Enth.																																				
GRÜNE	nein																																				
FDP	ja																																				
PIRATEN	nein																																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
41	FDP	<p><b>Kapitel 05 490 Ersatzschulen</b> <b>Titel 684 11 Zuschüsse für private Gymnasien</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">614.285.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">598.847.300Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">619.985.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Als Folge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs eröffnet sich die Chance, um etwa die individuelle Förderung an Gymnasien zu stärken und z.B. auch im Vergleich mit den strukturell begünstigten Sekundarschulen zu unterstützen. Den Gymnasien soll durchschnittlich eine Stelle zusätzlich bereitgestellt werden. Die Zuweisung der Stellenanteile wird nach Schulgrößen gestaffelt erfolgen, wobei kleinen Gymnasien mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden soll. In den vergangenen Schuljahren bestanden 627 Gymnasien, hiervon laufen allerdings einige aus. Bei 114 der Gymnasien handelt es sich um private Gymnasien.</p>	<b>2015</b>		<b>2014</b>	von	614.285.100 Euro	598.847.300Euro	um	5.700.000 Euro		auf	619.985.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>		<b>2014</b>																							
von	614.285.100 Euro	598.847.300Euro																							
um	5.700.000 Euro																								
auf	619.985.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
42	FDP	<p><b>Kapitel 06 026      Technologie- und Innovationsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen</b></p> <p><b>Titel 683 61        Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>Von            1.891.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.086.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um             3.194.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf            5.086.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Innovationspotenziale von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Nordrhein-Westfalen müssen besser ausgeschöpft werden. Es bedarf einer zielgerichteten Innovationsförderung, die FuE-Bestrebungen und -Aktivitäten der KMU verstetigt, ausbaut, Anreize setzt und den Wissenstransfer verbessert.</p> <p>Die bisherige Förderhöhe soll erhalten bleiben, um die Entstehung von Innovationen u. a. durch die Instrumente der Innovationsgutscheine, -darlehen und -assistenten bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in NRW weiter zu fördern und KMU bei ihren Forschungsbestrebungen zu unterstützen.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	Von            1.891.500 Euro	5.086.200 Euro	um             3.194.700 Euro		auf            5.086.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
Von            1.891.500 Euro	5.086.200 Euro																				
um             3.194.700 Euro																					
auf            5.086.200 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																																												
43	FDP	<p><b>Kapitel 06 100      Hochschulen Allgemein</b> <b>Titelgruppe 72      Maßnahmen zur Verbesserung der Lehr- und</b> <b>                                 Studienqualität an den Hochschulen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2015</b></td> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2014</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>von 249.000.000 Euro</td> <td></td> <td>249.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>um 249.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Verzicht auf Studienbeiträge, die ohnehin nur einen Bruchteil der Kosten eines Studiums ausgemacht haben, wird von der rot-grünen Landesregierung ausschließlich mit höheren Schulden bezahlt und überdies nicht umfassend kompensiert, was schon jetzt zu Qualitätseinbußen an den Hochschulen führt, da die Summe der „Kompensationsmittel“ statisch 249 Millionen Euro beträgt – eine Anpassung an den neuen Rekordstand der Studierendenzahlen erfolgt nicht.</p> <p>Im Basisjahr der „Kompensationsmittel“ (Wintersemester 2009/2010) studierten rund 398.000 junge Menschen an den Hochschulen, die Studienbeiträge erhoben. Im Wintersemester 2013/2014 studierten an den Hochschulen, die seit 2011 im Zuge des Wegfalls der Studienbeiträge „Kom-</p>													<b>2015</b>		<b>2014</b>								von 249.000.000 Euro		249.000.000 Euro								um 249.000.000 Euro										auf 0 Euro								<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
		<b>2015</b>		<b>2014</b>																																																											
		von 249.000.000 Euro		249.000.000 Euro																																																											
		um 249.000.000 Euro																																																													
		auf 0 Euro																																																													
SPD	nein																																																														
CDU	Enth.																																																														
GRÜNE	nein																																																														
FDP	ja																																																														
PIRATEN	nein																																																														

	<p>pensationsmittel“ erhalten, bereits 574.000 Studierende. Das führt zu folgender prekären Entwicklung: Pro Kopf sind die Mittel, die zur Verbesserung der Studienbedingungen vorgesehen waren, von 620 Euro nunmehr auf 434 Euro pro Jahr stark gesunken. Fast allen Hochschulen, die bis zum Wegfall der Studienbeiträge Beiträge erhoben haben, stehen pro Studierenden 20 bis 50 Prozent erheblich weniger Mittel für die Verbesserungen der Studienbedingungen pro Jahr zur Verfügung.</p> <p>Aufgrund des anhaltenden Studierendenandrangs wird diese Finanzierungslücke von Jahr zu Jahr größer. So ist die Studienanfängerzahl im Wintersemester 2014/2015 von 105.400 auf einem weiterhin hohen Niveau. Die derzeit absehbaren Qualitätseinbußen werden sich daher verfestigen und die Planungssicherheit für die Hochschulen wird weiter abnehmen. Das ist nicht hinnehmbar.</p> <p>Wenn das akademische Niveau unserer Hochschulen daher erhalten und verbessert werden soll, müssen in Zeiten begrenzter Haushaltsmittel auch Hochschulabsolventen einen verantwortungsvollen finanziellen Beitrag leisten. Diese Studienbeiträge sollen künftig nachgelagert einkommensabhängig mit Eintritt ins Berufsleben fällig werden. Das ist fair, auch gegenüber dem Handwerksmeister, der für seine Ausbildung selbst aufkommen muss. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Beiträge den Hochschulen als zusätzliche Mittel ausschließlich für die Verbesserung der Bedingungen von Studium und Lehre zur Verfügung gestellt werden, und damit unmittelbar den Studierenden zugutekommen sowie die Studierenden bei der Mittelverwendung ein Mitspracherecht haben.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																										
44	FDP	<p><b>Kapitel 06 100      Hochschulen Allgemein</b> <b>TG 75                    Fortschritt NRW</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2014</b></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2014</b></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">15.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">15.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Ansatz wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert. Der Ansatz aus dem Jahr 2013 wird übernommen, da bereits begonnenen Projekten nicht die Möglichkeit genommen werden soll, zum Abschluss gebracht zu werden. Langfristig ist die gesamte Titelgruppe zu konsolidieren.</p>	<b>2015</b>		<b>2014</b>		von	20.000.000 Euro	20.000.000 Euro		um	10.000.000 Euro			auf	10.000.000 Euro			<b>2015</b>		<b>2014</b>		von	15.000.000 Euro	20.000.000 Euro		um	15.000.000 Euro			auf	0 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>		<b>2014</b>																																											
von	20.000.000 Euro	20.000.000 Euro																																											
um	10.000.000 Euro																																												
auf	10.000.000 Euro																																												
<b>2015</b>		<b>2014</b>																																											
von	15.000.000 Euro	20.000.000 Euro																																											
um	15.000.000 Euro																																												
auf	0 Euro																																												
SPD	nein																																												
CDU	ja																																												
GRÜNE	nein																																												
FDP	ja																																												
PIRATEN	nein																																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
45	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b> <b>Titel 526 01        Sachverständige</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>Von            436.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">436.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um             120.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf            316.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Anpassung an das Ist-Ergebnis des Jahres 2013. Die reduzierten Mittel für Sachverständige sind ausreichend. Die Einsparung dient der Haushaltskonsolidierung.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	Von            436.400 Euro	436.400 Euro	um             120.400 Euro		auf            316.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
Von            436.400 Euro	436.400 Euro																				
um             120.400 Euro																					
auf            316.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
46	FDP	<p><b>Kapitel 07 020</b> <b>Titel 972 00</b> <b>Globale Minderausgabe zum anteiligen Ausgleich des Haushaltsplan</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">-30.882.500 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">-36.312.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">-32.382.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Erhöhung der globalen Minderausgabe dient zur Gegenfinanzierung von Kapitel 07 060, Titel 686 70 und Titel 893 70. Die globale Minderausgabe kann in nachfolgenden Haushaltstiteln im Kapitel 07 010 durch Herabsenkung auf das Niveau der Ist-Ausgaben des Jahres 2013 erwirtschaftet werden: 511 01, 518 02, 518 04, 519 03, 526 01, 526 10, 531 10, 541 10, 812 10, 538 91.</p>		<b>2015</b>		<b>2014</b>	von	-30.882.500 Euro		-36.312.500 Euro	um	1.500.000 Euro			auf	-32.382.500 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2015</b>		<b>2014</b>																										
von	-30.882.500 Euro		-36.312.500 Euro																										
um	1.500.000 Euro																												
auf	-32.382.500 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
47	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b></p> <p>Ausbringung einer <u>neuen</u> Titelgruppe 89</p> <p><b>Titelgruppe 89 Kinderbetreuung in besonderen Fällen</b></p> <p><b>Titel 547 89 Sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p><b>Ansatz 2015 2014</b></p> <p>von - Euro -</p> <p>um - Euro</p> <p>auf - Euro</p> <p><b>Titel 633 89 Zuweisungen an Gemeinden (GV)</b></p> <p><b>Ansatz 2015 2014</b></p> <p>von 0 Euro -</p> <p>um 6.000.000Euro</p> <p>auf 6.000.000Euro</p> <p><b>Verpflichtungsermächtigung 2015 2014</b></p> <p>von 0 Euro -</p> <p>um 6.125.000Euro</p> <p>auf 6.125.000Euro</p> <p>Fälligkeit in 2016: 6.125.000 Euro</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>FDP Enth.</p> <p>PIRATEN ja</p>

		<p><b>Titel 684 89 Zuschüsse an freie Träger</b></p> <table border="0"> <tr> <td><b>Ansatz 2015</b></td> <td></td> <td><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>- Euro</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>- Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Ausbringung von Haushaltsvermerken bei Titelgruppe 89:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</li> <li>2. Die Verpflichtungsermächtigung der Titelgruppe kann bei allen Titeln der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.</li> <li>3. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 bei den Ausgaben.</li> <li>4. Rückflüsse, auch aus früheren Jahren, fließen den Titeln der Titelgruppe wieder zu.</li> <li>5. Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).</li> </ol> <p><b>Änderung des Haushaltsvermerks Nr. 2 bei den Ausgaben bei Kapitel 07 040:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. Die Ausgaben der Titel 633 20 und 684 10 sowie der Titel der Titelgruppen 62, 82, <u>89</u>, 90 bis 94, 97 und 99 sind gegenseitig und untereinander deckungsfähig.</li> </ol> <p><b>Begründung:</b>  In NRW kommen immer mehr Flüchtlinge an, darunter sind auch zahlreiche Kinder, die einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz haben und von den frühkindlichen Bildungsangeboten in der Kindertagesbetreuung profitieren sollen. Grundsätzlich gilt der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab der Vollendung des 1. Lebensjahres auch für die Kinder von Flüchtlingen und Asylantragstellern, der Anspruch richtet sich gegen das örtliche Jugendamt.</p>	<b>Ansatz 2015</b>		<b>2014</b>	von	- Euro	-	um	- Euro		auf	- Euro		
<b>Ansatz 2015</b>		<b>2014</b>													
von	- Euro	-													
um	- Euro														
auf	- Euro														

		<p>Es ist allerdings davon auszugehen, dass nicht alle betroffenen Kinder vor dem Hintergrund ihrer oftmals traumatischen Erfahrungen getrennt von ihrer Familie sofort ein Regelangebot besuchen, sondern vielmehr gerade für die erste Zeit (rd. 9 Monate) ein Sonderbedarf besteht. Hierbei kann es sich um niedrigschwellige Betreuungsangebote in den Aufnahmeeinrichtungen wie z. B. pädagogische Angebote in den Unterkünften, eine Betreuung mit geringer Stundenzahl oder aber auch um andere ergänzende Angebote handeln.</p> <p>Nach derzeitiger Erkenntnislage ist von jährlichen zusätzlichen Personalkosten in Höhe von rd. 10,5 Mio. Euro auszugehen. Dies entspricht einer Erzieherinnen/Erzieherzahl von rd. 175 Vollzeitäquivalenten zzgl eines Fachberatungsanteils. Da im Jahr 2015 zunächst von einer schrittweise Realisierung im Laufe des Jahres auszugehen ist, liegt die Veranschlagung bei 6 Mio. Euro.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
48	FDP	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>TG 98 Kostenerstattung für die Elternbeitragsfreiheit</b>  <b>Titel 633 20 nach §21 Abs. 10 des Gesetzes zur frühen Bildung</b>  <b>und Förderung</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 154.773.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">152.131.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 154.773.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Zwar ist die Beitragsfreiheit von Kindergartenjahren wünschenswert und grundsätzlich auch als mittelfristiges Ziel erstrebenswert, jedoch ist es im höchsten Maße unverantwortlich, die Frage der Gegenfinanzierung komplett auszublenden. In Zeiten enger werdender finanzieller Spielräume ist eine politische Priorisierung wünschenswerter Vorhaben notwendig. Insofern muss sich das Land zuerst dem weiter dringend erforderlichen Angebots- und Qualitätsausbau in der frühkindlichen Bildung sowie der Elternbeitragsgerechtigkeit widmen und kann erst dann unter Berücksichtigung des Aspekts der Gegenfinanzierung eine Beitragsfreiheit in Angriff nehmen.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 154.773.000 Euro	152.131.900 Euro	um 154.773.000 Euro		auf 0 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
von 154.773.000 Euro	152.131.900 Euro																				
um 154.773.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

		<p>Hinzu kommt, dass die erfolgte Beitragsfreistellung im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung keinen nennenswerten bildungspolitischen Vorteil bzw. Anreizsetzung nach sich zieht, da in diesem Kindergartenjahr ohnehin weit über 90 Prozent aller Kinder die frühkindlichen Bildungsangebote nutzen. Zudem benachteiligt die derzeitige Regelung Eltern von sogenannten „Kann-Kindern“ in nicht zu rechtfertigender Weise und leistet keinen Beitrag zur Erhöhung der Qualität in den Einrichtungen selbst.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
49	FDP	<p><b>Kapitel 07 060 Förderung des Sports</b>  <b>Titelgruppe 60 Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports</b>  <b>Titel 686 60 Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">17.529.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">17.529.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">18.529.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Zuschuss für die Übungsarbeit in den Sportvereinen ist mit 6,9256 Mio. € seit Jahren unverändert. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an Übungsleiter. Deshalb wird der Zuschuss für die Übungsleiterpauschale um 1 Mio. € auf 7,9256 Mio. € erhöht. Es handelt sich um eine Wertschätzung zur Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements der Übungsleiter.</p>		<b>2015</b>	<b>2014</b>	von	17.529.400 Euro	17.529.400 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	18.529.400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
	<b>2015</b>	<b>2014</b>																							
von	17.529.400 Euro	17.529.400 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	18.529.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on der FDP	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
50	FDP	<p><b>Kapitel 07 060 Förderung des Sports</b> <b>Titel 893 60 Zuschüsse für Investitionen im Inland, insbesondere für den Neubau, die Modernisierung, die Sanierung, die Erweiterung und der Erwerb von Hochleistungssportstätten, überregional bedeutsamen Sportstätten und Sportschulen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 7.660.700 Euro</td> <td>8.160.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 8.160.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die titelscharfe Belegung der „globalen Minderausgabe“ in Höhe von 500.000 € wird zurückgenommen. Der Sportetat soll wie bisher auch von der Erwirtschaftung der „Globalen Minderausgabe“ unangetastet bleiben. Die titelscharfe Erwirtschaftung einer „Globalen Minderausgabe“ steht in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2013.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 7.660.700 Euro	8.160.700 Euro	um 500.000 Euro		auf 8.160.700 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
von 7.660.700 Euro	8.160.700 Euro																				
um 500.000 Euro																					
auf 8.160.700 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
51	FDP	<p><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b></p> <p><b>Titelgruppe 60 Sozialticket</b></p> <p><b>Titel 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 30.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">30.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das Sozialticket ist eine freiwillige Sozialleistung der Kommunen zur Verbesserung der örtlichen Mobilität einkommensschwacher Bürgerinnen und Bürger. Das Land hat weder die Aufgabe noch die finanziellen Möglichkeiten, das Sozialticket aus Haushaltsmitteln zu unterstützen. Die hier eingesparten konsumtiven Ausgaben werden in den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert und zum Abbau der Nettokreditaufnahme des Landes verwendet.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro	um 30.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
52	FDP	<p><b>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</b></p> <p><b>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 37.000.000 Euro</td> <td>42.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 57.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für Mobilität, Arbeitsplätze und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Dennoch bleiben die Investitionen in das Landesstraßennetz seit vielen Jahren hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Die von der rot-grünen Landesregierung vorgenommenen weiteren Kürzungen führen dazu, dass dringend notwendige Maßnahmen im Bereich des Landesstraßenbaus, die ein hohes volkswirtschaftliches Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweisen und deren Bedarf im Landesstraßenbedarfsplan gesetzlich festgelegt wurde, nicht realisiert werden können. So ist im Landesstraßenbauprogramm 2015 nur eine neue Maßnahme vorgesehen. Um die damit einhergehende Schwächung des Wirtschaftsstandorts NRW abzuwenden, müssen die Mittel für das Landesstraßenbauprogramm dringend wieder erhöht werden.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 37.000.000 Euro	42.000.000 Euro	um 20.000.000 Euro		auf 57.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
von 37.000.000 Euro	42.000.000 Euro																				
um 20.000.000 Euro																					
auf 57.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
53	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 09 500            Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</b> <b>Titelgruppe 71 (neu)    Förderung des Breitbandausbaus</b></p> <p><b>Neue Haushaltsvermerke zur Titelgruppe:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. (§ 17 Abs. 3 LHO).</li> <li>2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe des noch festzulegenden Ressortanteils an den Ist-Einnahmen bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65 geleistet werden.</li> <li>3. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</li> <li>4. Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).</li> <li>5. Die Ausgaben der Titelgruppe 71 sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO).</li> </ol> <p><b>Titel 526 71 (neu)    Gutachten, Sachverständige und ähnliche Ausgaben</b> <b>Titel 546 71 (neu)    Werk- und Dienstleistungsverträge</b> <b>Titel 547 71 (neu)    Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b> <b>Titel 633 71 (neu)    Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b> <b>Titel 682 71 (neu)    Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</b></p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD            ja CDU            ja GRÜNE        ja FDP            Enth. PIRATEN      Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis												
		<p> <b>Titel 683 71 (neu) Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b>  <b>Titel 686 71 (neu) Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b>  <b>Titel 883 71 (neu) Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>  <b>Titel 891 71 (neu) Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</b>  <b>Titel 892 71 (neu) Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</b>  <b>Titel 893 71 (neu) Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b> </p> <p>Ausweisung von Strichansätzen für <u>alle</u> genannten Titel.</p> <table data-bbox="434 826 1464 995"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;"><b>2015</b></th> <th style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><u>Erläuterungen zu Titelgruppe 71:</u></p> <p>Bund und Länder verfolgen eine flächendeckende Versorgung mit dem Ziel, mindestens 50 Mbit/s bis 2018 zu erreichen. Mit den Veräußerungserlösen aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen und des L-Bandes (1,5 GHz) soll der vorgenannte Breitbandausbau (vorrangig) und die Digitalisierung gefördert werden.</p> <p>Die Einnahmen aus der Versteigerung werden nach Abzug der Umstellungs- und Verwaltungskosten hälftig den Ländern zugewiesen. Der hälftige Länderanteil wird nach einem noch festzu-</p>		<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	0 Euro		auf	0 Euro		
	<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>													
von	0 Euro	0 Euro													
um	0 Euro														
auf	0 Euro														

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<p>legenden Schlüssel unter den Bundesländern aufgeteilt. Die Zuweisung an die Länder erfolgt in drei Raten voraussichtlich in den Jahren 2015 – 2017.</p> <p>Die Ausgaben-Titelgruppe 71 ist mit Strichansätzen ausgebracht, weil der auf den Einzelplan 09 entfallende NRW-Anteil am Versteigerungserlös zurzeit nicht hinreichend sicher geschätzt werden kann.</p> <p>Die konkrete landesinterne Aufteilung der vom Bund ab 2015 zufließenden Mittel erfolgt auf Basis einer Entscheidung der partizipierenden Ressorts zu einem späteren Zeitpunkt. Siehe auch Erläuterungen bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65.</p>	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
54	FDP	<p><b>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 972 00 Globale Minderausgaben im Einzelplan 10</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2014</b></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">-50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Seit dem Jahr 2010 ist der Einzelplan 10 um über 200 Mio. € gewachsen. Pauschal sind in einem ersten Schritt 25% dieses Aufwuchses einzusparen. Es werden Steuergelder entgegen der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beispielsweise für das 100-Kantinen-Programm, die Stiftung Umwelt und Entwicklung sowie für Informationsveranstaltungen des ökologischen Landbaus unnötig eingesetzt.</p>	<b>2015</b>		<b>2014</b>		Von	0 Euro		0 Euro	um	50.000.000 Euro			auf	-50.000.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>		<b>2014</b>																											
Von	0 Euro		0 Euro																										
um	50.000.000 Euro																												
auf	-50.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 10  
im Haushalts- und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
55	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 10 020            Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titelgruppe 76 (neu)    Förderung des Breitbandausbaus</b></p> <p><b>Neue Haushaltsvermerke zur Titelgruppe:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. (§ 17 Abs. 3 LHO).</li> <li>2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe des noch festzulegenden Ressortanteils an den Ist-Einnahmen bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65 geleistet werden.</li> <li>3. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</li> <li>4. Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).</li> <li>5. Die Ausgaben der Titelgruppe 76 sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO).</li> </ol> <p><b>Titel 526 76 (neu)    Gutachten, Sachverständige und ähnliche Ausgaben</b> <b>Titel 546 76 (neu)    Werk- und Dienstleistungsverträge</b> <b>Titel 547 76 (neu)    Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b> <b>Titel 633 76 (neu)    Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD            ja CDU            ja GRÜNE        ja FDP            Enth. PIRATEN       Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis												
		<p> <b>Titel 682 76 (neu) Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</b>  <b>Titel 683 76 (neu) Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b>  <b>Titel 686 76 (neu) Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b>  <b>Titel 883 76 (neu) Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>    <b>Titel 891 76 (neu) Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</b>  <b>Titel 892 76 (neu) Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</b>  <b>Titel 893 76 (neu) Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b> </p> <p>Ausweisung von Strichansätzen für <u>alle</u> genannten Titel.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Erläuterungen zu Titelgruppe 76:</u></p> <p>Bund und Länder verfolgen eine flächendeckende Versorgung mit dem Ziel, mindestens 50 Mbit/s bis 2018 zu erreichen. Mit den Veräußerungserlösen aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen und des L-Bandes (1,5 GHz) soll der vorgenannte Breitbandausbau (vorrangig) und die Digitalisierung gefördert werden.</p>		<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	0 Euro		auf	0 Euro		
	<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>													
von	0 Euro	0 Euro													
um	0 Euro														
auf	0 Euro														

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<p>Die Einnahmen aus der Versteigerung werden nach Abzug der Umstellungs- und Verwaltungskosten hälftig den Ländern zugewiesen. Der hälftige Länderanteil wird nach einem noch festzulegenden Schlüssel unter den Bundesländern aufgeteilt. Die Zuweisung an die Länder erfolgt in drei Raten voraussichtlich in den Jahren 2015 – 2017.</p> <p>Die Ausgaben-Titelgruppe 76 ist mit Strichansätzen ausgebracht, weil der auf den Einzelplan 10 entfallende NRW-Anteil am Versteigerungserlös zurzeit nicht hinreichend sicher geschätzt werden kann.</p> <p>Die konkrete landesinterne Aufteilung der vom Bund ab 2015 zufließenden Mittel erfolgt auf Basis einer Entscheidung der partizipierenden Ressorts zu einem späteren Zeitpunkt. Siehe auch Erläuterungen bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65.</p>	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungser- gebnis	
56	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b>  <b>Neuer Titel 633 20 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Weiterfüh-            rung der sozialen Arbeit an Schulen im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabe-            paket für die Jahre 2015-2017</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes            2015</b></p> <p style="padding-left: 40px;">von                    0 Euro            um                    47.701.000 Euro            auf                    47.701.000 Euro</p> <p style="padding-left: 40px;"><b>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung            2015</b></p> <p style="padding-left: 40px;">von                    0 Euro            um                    95.402.000 Euro            auf                    95.402.000 Euro</p>	<p><b>Ansatz lt. HH 2014</b>  <b>0 Euro</b></p> <p><b>Ansatz lt. HH 2014</b>  <b>0 Euro</b></p>	<p><b>einstimmig            angenommen</b></p> <p>SPD                    ja            CDU                    Enth.            GRÜNE                ja            FDP                    Enth.            PIRATEN                Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p><b>Begründung:</b>  Mit den Mitteln des Landes sollen die Kommunen im Rahmen eines Förderprogrammes des Landes „Zielgruppenorientierte Jugendarbeit für Bildung und Teilhabe“ bei ihrer originären Aufgabe aus § 4 (Hinwirkungsgebot) i.V.m. § 28 (Bildungs- und Teilhabepaket) SGB II unterstützt werden. Nach wie vor bleibt es jedoch erklärtes Ziel, eine entsprechende Unterstützungsstruktur in das Bildungs- und Teilhabepaket des SGB II wieder aufzunehmen, die dann durch den Bund zu finanzieren ist.</p> <p>Die Zielgruppe des Förderprogrammes sind bedürftige Kinder und Jugendliche, bei denen soziale Benachteiligungen ausgeglichen und gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe hergestellt werden sollen. Bei den benachteiligten Kindern und Jugendlichen sollen die Bereitschaft und die Voraussetzungen zum Lernen gefördert, dadurch Fehlzeiten in der Schule verringert, der Schulerfolg erhöht, Abbrecherquoten reduziert sowie Teilhabemöglichkeiten an Sport und Kultur geschaffen werden, um insgesamt stabilisierend auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen und ihr Lebensumfeld einzuwirken, Auch der Einstieg in Ausbildung und Beruf soll hierdurch verbessert werden.</p> <p>Es wurde stets der positive Wert der sozialen Arbeit an Schulen im Rahmen des BuT und deren Beitrag zur Sicherstellung des Zugangs von Kindern und Jugendlichen zu Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben betont. Sie ist damit ein wichtiges Element von "Kein Kind zurücklassen".</p> <p>Für die 53 kreisfreien Städten und Kreise wird ein Förderprogramm zur Weiterfinanzierung der sozialen Arbeit an Schulen für die kommenden drei Jahre (2015 bis 2017) mit einem Gesamtvolumen von 47,7 Mio. € pro Jahr aufgelegt.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Dabei wird von den tatsächlichen Bedürfnissen in den kreisfreien Städten und Kreisen ausgegangen, die sich in den Ergebnissen einer Abfrage der LAG Schulsozialarbeit darstellen. Danach waren zum 30.06.2014 noch ca. 1.500 Schulsozialarbeiter/innen beschäftigt. Eine Stelle wird mit 45.000 Euro p.a. veranschlagt. Hieraus folgt ein jährliches Gesamtbudget in Höhe von 67,5 Mio. Euro.</p> <p>Dieses Gesamtbudget von 67,5 Mio. Euro soll auf die Kreise und kreisfreien Städte nach ihrem jeweiligen prozentualen Anteil am tatsächlichen Mitteleinsatz für Schulsozialarbeit im Jahr 2013 aufgeteilt werden. Die Bezugnahme auf die Finanzierung im Jahr 2013 ergibt sich daraus, dass in diesem Jahr die Schulsozialarbeit im Sinne des BuT nach den Anfangsjahren 2011 und 2012 etabliert war. Es errechnen sich dementsprechend unterschiedliche Anteile der Kreise und kreisfreien Städte, die die Inanspruchnahme der Schulsozialarbeit im Jahr 2013 spiegeln.</p> <p>Die Kreise und kreisfreien Städte sollen hierauf einen differenzierten Eigenanteil leisten. Dabei berücksichtigt das Land in besonderer Weise die spezifische Haushaltssituation in den Kreisen und kreisfreien Städten. Es werden zu diesem Zweck die Fördersätze für die Städtebauförderung 2015 zu Grunde gelegt. Hieraus ergeben sich dann die tatsächlichen Förderbeträge des Landes, die in der Summe rd. 47,7 Mio. Euro ausmachen. Das Land finanziert damit die Aufwendungen für die soziale Arbeit an Schulen landesweit mit über 70 % der Kosten.</p> <p>Dabei muss dafür Sorge getragen werden, dass allen Kommunen, auch jenen im Stärkungspakt Stadtfinanzen, in Haushaltssicherung und unter Nothaushaltsrecht, die Darstellung des jeweiligen kommunalen Eigenanteils kommunalaufsichtsrechtlich nicht verwehrt bleibt.</p>	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
57	FDP	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b>  <b>Titel 686 10 Zuschuss an die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH, Bottrop (G.I.B.)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.149.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.149.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 849.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufgrund der schwierigen Haushaltslage ist es notwendig, die Mittel in diesem Aufgabenbereich zu reduzieren.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 1.149.000 Euro	1.149.000 Euro	um 300.000 Euro		auf 849.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
von 1.149.000 Euro	1.149.000 Euro																				
um 300.000 Euro																					
auf 849.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
58	FDP	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b> <b>Titel 686 20 Zuschuss an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund – Landesbezirk Nordrhein-Westfalen-e.V. Dortmund (TBS)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2014</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von 1.506.100</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.506.100</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 506.100</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Eine weitere Förderung der Technologieberatungsstelle ist aus Gründen der Haushaltskonsolidierung nicht möglich. Mit dem verbleibenden Ansatz soll die Abwicklung der TBS vorbereitet und umgesetzt werden.</p>	<b>2015</b>		<b>2014</b>		von 1.506.100	Euro	1.506.100	Euro	um 1.000.000	Euro			auf 506.100	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>		<b>2014</b>																											
von 1.506.100	Euro	1.506.100	Euro																										
um 1.000.000	Euro																												
auf 506.100	Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
im Haushalts- und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																																						
59	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 11 060      Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zu- gewanderter</b></p> <p><b>Titelgruppe 68      Förderung der Integration Zugewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt</b></p> <p><b>Titel 686 68          Zuschüsse an Sonstige</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>11.022.700</td> <td>Euro</td> <td></td> <td>10.264.100</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>12.022.700</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Neuer Haushaltsvermerk Nr. 6:</b> Gemäß Nr. 2.3 VV zu § 44 LHO erfolgen die Förderungen zur Stärkung des Ehrenamts im Wege der Vollfinanzierung.</p> <p><b>Begründung:</b> Die Landesregierung hat auf dem Flüchtlingsgipfel zugesagt, die große Bereitschaft der Bevölkerung zur Unterstützung von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, zu fördern. Unterstützungsschwerpunkte soll- ten bei Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien liegen.</p>	<b>2015</b>						<b>2014</b>	von	11.022.700	Euro		10.264.100	Euro		um	1.000.000	Euro					auf	12.022.700	Euro					<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
<b>2015</b>						<b>2014</b>																																			
von	11.022.700	Euro		10.264.100	Euro																																				
um	1.000.000	Euro																																							
auf	12.022.700	Euro																																							
SPD	ja																																								
CDU	Enth.																																								
GRÜNE	ja																																								
FDP	Enth.																																								
PIRATEN	nein																																								

		<p>Hinsichtlich der Kinder und Jugendlichen ist es wichtig, dass diese mit niederschweligen Angeboten erreicht werden, die die Arbeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen begleiten, unterstützen und ergänzen.</p> <p>Besonderer Unterstützungsbedarf besteht auch hinsichtlich der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, die als sog. Seiteneinsteiger nach Deutschland kommen und sich von ihrem Alter her in der Phase zwischen Schulabschluss und Berufseinstieg befinden. Für diese jungen Menschen ist die Betreuung durch Mentoren (z. B. pensionierte Lehrer, Meister u. ä.) sinnvoll und hilfreich, da Schule und Ausbildung in der Regel nicht die individuelle Betreuung und Begleitung leisten können, die im Verhältnis zwischen Mentor und Mentee möglich ist.</p> <p>Die vom Land für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in diesem Sinne zusätzlich einzustellenden Mittel in Höhe von 1.000.000 Euro sollen insbesondere der Akquise, Qualifizierung und Aufwandsentschädigung von ehrenamtlichen Helfern, z.B. in Spielgruppen, Hausaufgabenhilfefzirkeln, Sprachangeboten oder als Sprachpaten und Mentoren dienen.</p> <p>Die Distribution der Mittel für den Aufbau dieser ehrenamtlichen Arbeit soll primär über die Integrationsdienste der Freien Wohlfahrtspflege erfolgen. Die vom Land geförderten Integrationsagenturen der Freien Wohlfahrtspflege sollen aufgerufen werden, Anträge im oben dargestellten Sinne über ihren Spitzenverband zu stellen.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 12  
im Ausschuss für Haushalt und Finanzen  
zum Haushaltsgesetz 2015**

**Personalhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																		
60	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 12 010      Ministerium</b> <b>Titel 422 01        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richt- erinnen und Richter</b></p> <p>Die Zahl der Planstellen der BesGr. A 15 wird von 39 um 2 auf 41 erhöht. Die Zahl der Planstellen der BesGr. A 12 wird von 45 um 1 auf 46 erhöht. Die Zahl der Planstellen der BesGr. A 9 m.D. wird von 19 um 1 auf 20 erhöht.</p> <p>Neu:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ausbringung von 2 kw-Vermerken der BesGr. A 15 zum 31.07.2017.</li> <li>2. Ausbringung von 1 kw-Vermerk der BesGr. A 12 zum 31.07.2017.</li> <li>3. Ausbringung von 1 kw-Vermerk der BesGr. A 9 m.D. zum 31.07.2017.</li> </ol> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 19.285.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">18.825.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 233.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 19.519.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 19.285.300 Euro	18.825.000 Euro	um 233.800 Euro		auf 19.519.100 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
von 19.285.300 Euro	18.825.000 Euro																				
um 233.800 Euro																					
auf 19.519.100 Euro																					
SPD	ja																				
CDU	nein																				
GRÜNE	ja																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<p><b><u>Begründung:</u></b>            Im Zuge der verwaltungsmäßigen Begleitung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sowie zur WestLB sind im Finanzministerium bis zu 3000 Aktenordner zu sichten. Bis zu 1 Mio. Seiten müssen identifiziert, paginiert, registriert, kopiert und jeweils hinsichtlich der Auslieferungsverpflichtung sowie der Geheimschutzanforderungen geprüft werden. Die Klärung der Rechtsfragen – insbesondere im Zusammenhang mit dem WestLB-PUA - erfordert durchweg eine juristische Begleitung.</p>	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																																												
61	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 422 01        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td><b>2015</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td>von</td> <td>10.004.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">10.010.300 Euro</td> </tr> <tr> <td></td> <td>um</td> <td>250.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>auf</td> <td>9.754.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes kann auf die in §15 TVgG vorgesehene Prüfbehörde verzichtet werden. Die FDP-Fraktion hat einen Gesetzesentwurf ins parlamentarische Verfahren gebracht, um die Abschaffung des Gesetzes zu bewirken. In 2014 wurden 5 Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie 1 Stelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingerichtet. Die Bezüge für die nicht notwendige Planstellen entfallen.</p>												<b>2015</b>								<b>2014</b>		von	10.004.300	Euro						10.010.300 Euro		um	250.000	Euro								auf	9.754.300	Euro							<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2015</b>								<b>2014</b>																																																						
	von	10.004.300	Euro						10.010.300 Euro																																																						
	um	250.000	Euro																																																												
	auf	9.754.300	Euro																																																												
SPD	nein																																																														
CDU	ja																																																														
GRÜNE	nein																																																														
FDP	ja																																																														
PIRATEN	nein																																																														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																		
62	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 428 01        Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>7.204.400</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">6.816.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>50.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>7.154.400</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes kann auf die in §15 TVgG vorgesehene Prüfbehörde verzichtet werden. Die FDP-Fraktion hat einen Gesetzesentwurf ins parlamentarische Verfahren gebracht, um die Abschaffung des Gesetzes zu bewirken. In 2014 wurden 5 Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie 1 Stelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingerichtet. Die Bezüge für die nicht notwendige Stelle entfallen.</p>		<b>2015</b>				<b>2014</b>	von	7.204.400	Euro			6.816.500 Euro	um	50.000	Euro				auf	7.154.400	Euro				<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2015</b>				<b>2014</b>																																
von	7.204.400	Euro			6.816.500 Euro																																
um	50.000	Euro																																			
auf	7.154.400	Euro																																			
SPD	nein																																				
CDU	ja																																				
GRÜNE	nein																																				
FDP	ja																																				
PIRATEN	nein																																				



**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14  
im Haushalts- und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
64	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b>  <b>Titelgruppe 62 (neu) Förderung des Breitbandausbaus</b></p> <p><b>Neue Haushaltsvermerke zur Titelgruppe:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. (§ 17 Abs. 3 LHO)</li> <li>2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe des noch festzulegenden Ressortanteils an den Ist-Einnahmen bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65 geleistet werden.</li> <li>3. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</li> <li>4. Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).</li> <li>5. Die Ausgaben der Titelgruppe 62 sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO).</li> </ol> <p><b>Titel 526 62 (neu) Gutachten, Sachverständige und ähnliche Ausgaben</b>  <b>Titel 546 62 (neu) Werk- und Dienstleistungsverträge</b>  <b>Titel 547 62 (neu) Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>  <b>Titel 633 62 (neu) Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja  CDU ja  GRÜNE ja  FDP Enth.  PIRATEN Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis												
		<p> <b>Titel 682 62 (neu) Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</b>  <b>Titel 683 62 (neu) Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b>  <b>Titel 686 62 (neu) Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b>  <b>Titel 883 62 (neu) Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>    <b>Titel 891 62 (neu) Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</b>  <b>Titel 892 62 (neu) Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</b>  <b>Titel 893 62 (neu) Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b> </p> <p>Ausweisung von Strichansätzen für <u>alle</u> genannten Titel.</p> <table data-bbox="434 831 1462 1002"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;"><b>2015</b></th> <th style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><u>Erläuterungen zu Titelgruppe 62:</u></p> <p>Bund und Länder verfolgen eine flächendeckende Versorgung mit dem Ziel, mindestens 50 Mbit/s bis 2018 zu erreichen. Mit den Veräußerungserlösen aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen und des L-Bandes (1,5 GHz) soll der vorgenannte Breitbandausbau (vorrangig) und die Digitalisierung gefördert werden.</p> <p>Die Einnahmen aus der Versteigerung werden nach Abzug der Umstellungs- und Verwaltungs-</p>		<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	0 Euro		auf	0 Euro		
	<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>													
von	0 Euro	0 Euro													
um	0 Euro														
auf	0 Euro														

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<p>kosten hälftig den Ländern zugewiesen. Der hälftige Länderanteil wird nach einem noch festzulegenden Schlüssel unter den Bundesländern aufgeteilt. Die Zuweisung an die Länder erfolgt in drei Raten voraussichtlich in den Jahren 2015 – 2017.</p> <p>Die Ausgaben-Titelgruppe 62 ist mit Strichansätzen ausgebracht, weil der auf den Einzelplan 14 entfallende NRW-Anteil am Versteigerungserlös zurzeit nicht hinreichend sicher geschätzt werden kann.</p> <p>Die konkrete landesinterne Aufteilung der vom Bund ab 2015 zufließenden Mittel erfolgt auf Basis einer Entscheidung der partizipierenden Ressorts zu einem späteren Zeitpunkt. Siehe auch Erläuterungen bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65.</p>	

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 15  
im Haushalts-und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																								
65	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 15 035 Emanzipation</b>  <b>Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</b>  <b>Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrich- tungen</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">16.081.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">16.081.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">17.231.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Neuer Haushaltsvermerk Nr. 3:</b>  Gemäß Nr. 2.3 VV zu § 44 LHO erfolgen die Förderungen der Beratung und Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingsfrauen im Wege der Vollfinanzierung.</p> <p><b>Änderung der Erläuterungen</b>  Nr.1. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an Träger von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen (Frauenhäuser)</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: right;">8.131.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.131.500</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: right;">+ 139.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: right;">8.270.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table>		<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	16.081.200 Euro	16.081.200 Euro	um	1.150.000 Euro		auf	17.231.200 Euro			<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>		8.131.500 Euro	8.131.500		+ 139.000 Euro			8.270.500 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja  CDU Enth.  GRÜNE ja  FDP Enth.  PIRATEN ja</p>
	<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																									
von	16.081.200 Euro	16.081.200 Euro																									
um	1.150.000 Euro																										
auf	17.231.200 Euro																										
	<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																									
	8.131.500 Euro	8.131.500																									
	+ 139.000 Euro																										
	8.270.500 Euro																										

		<p>Nr. 3. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben von Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen tätig sind.</p> <p style="text-align: center;"><b>2015</b></p> <p style="text-align: center;">1.221.000 Euro + 21.000 Euro 1.242.000 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></p> <p style="text-align: center;">1.221.000</p> <p>Nr. 4. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Frauenberatungsstellen</p> <p style="text-align: center;"><b>2015</b></p> <p style="text-align: center;">4.547.500 Euro + 77.000 Euro 4.624.500 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></p> <p style="text-align: center;">4.547.500</p> <p>Nr. 5. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von spezialisierten Beratungseinrichtungen</p> <p style="text-align: center;"><b>2015</b></p> <p style="text-align: center;">751.200 Euro + 13.000 Euro 764.200 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></p> <p style="text-align: center;">751.200</p> <p>Nr. 9. (neu) Förderungen der Beratung und Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingsfrauen</p> <p style="text-align: center;"><b>2015</b></p> <p style="text-align: center;">0 Euro + 900.000 Euro 900.000 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></p> <p style="text-align: center;">0</p>	
--	--	---	--

	<p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Erhöhung bei den Nrn. 1, 3, 4 und 5 der Erläuterungen ist vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen der Frauenhilfeeinfrastruktur notwendig. Hierzu zählen im Besonderen der Demographische Wandel und die Weiterentwicklung der Strukturen mit Blick auf bisher wenig erreichte Zielgruppen.</p> <p>Die Mittel bei Nr. 9. (neu) sind vorgesehen für die Beratung und Unterstützung der von Gewalt betroffenen traumatisierten weiblichen Flüchtlinge. Für die Durchführung dieser Maßnahmen kommt die örtliche, fachlich geeignete Beratungs- und Hilfestruktur in Betracht.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																						
66	FDP	<p><b>Kapitel 15 035 Emanzipation</b>  <b>Titelgruppe 62 Gleichstellung und Potenzialentwicklung von Frauen in Beruf und Gesellschaft</b></p> <p><b>Titel 686 62 Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>5.832.200</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td>5.832.200</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2.832.200</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Einführung von 16 Regionalagenturen im Rahmen der „Landesinitiative Frau und Wirtschaft“ führt zum Wiederaufbau von Doppelstrukturen im Bereich der beruflichen Förderung von Frauen und greift darüber hinaus in privatwirtschaftlich bereits besetzte Unternehmensberatungsangebote ein. Auch aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ist der Abbau von Doppelstrukturen sinnvoll und geboten. Der restliche Mittelansatz muss zur Rückabwicklung der bereits in Vollzug gesetzten Strukturen zunächst erhalten bleiben.</p>	<b>2015</b>							von	5.832.200	Euro			5.832.200	Euro	um	3.000.000	Euro					auf	2.832.200	Euro					<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>																																									
von	5.832.200	Euro			5.832.200	Euro																																			
um	3.000.000	Euro																																							
auf	2.832.200	Euro																																							
SPD	nein																																								
CDU	ja																																								
GRÜNE	nein																																								
FDP	ja																																								
PIRATEN	nein																																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
67	FDP	<p><b>Kapitel 15 080      Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>  <b>Titelgruppe 80      Patientenbeauftragter</b></p> <p>Streichung der Titelgruppe</p> <p>Mit Gesamteinnahmen von            0 Euro  Mit Gesamtausgaben von    400.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Angebote des Patientenbeauftragten werden nur in einem geringen Umfang in Anspruch genommen. Die Aufgaben können durch andere Träger wie die Unabhängige Patientinnen- und Patientenberatung, Netzwerk Patientenberatung NRW, Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. und Selbsthilfeorganisationen übernommen werden.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            Enth.  GRÜNE        nein  FDP            ja  PIRATEN        nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																		
68	FDP	<p><b>Kapitel 15 080      Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>  <b>Titelgruppe 81      Gesundheitshilfe, Gesundheitsschutz</b>  <b>Titel 684 81          Zuschüsse für freie Träger</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>3.551.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td><b>2014</b></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>200.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td>3.551.300</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>3.351.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Mittel für ein „Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit“ sind aufgrund der schwierigen Haushaltslage nicht zu rechtfertigen.</p>	<b>2015</b>						von	3.551.300	Euro		<b>2014</b>		um	200.000	Euro		3.551.300	Euro	auf	3.351.300	Euro				<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>																																					
von	3.551.300	Euro		<b>2014</b>																																	
um	200.000	Euro		3.551.300	Euro																																
auf	3.351.300	Euro																																			
SPD	nein																																				
CDU	Enth																																				
GRÜNE	nein																																				
FDP	ja																																				
PIRATEN	nein																																				

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20  
im Haushalts- und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
69	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 20 010      Steuern</b></p> <p><b>Einrichtung eines neuen Titels 015 30                      Einnahmen aus dem Festbetrag an der Umsatzsteuer (Landesanteil) gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Ge- samtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern</b></p> <p><b>Ansatz 2015: 108.000.000 Euro</b></p> <p>Haushaltsvermerk: Siehe Vermerk bei Kapitel 03 030 Titel 633 24.</p> <p>Die Erläuterungen werden wie folgt gefasst: Der Bund hat sich bereit erklärt, Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern im Jahr 2015 in Höhe von 500 Mio. Euro zu entlasten. Die Entlastung erfolgt über einen entsprechenden einmaligen Festbetrag an der Umsatzsteuer. Der auf Nordrhein-Westfalen entfallende Betrag wird anteilig den Gemeinden zum Ausgleich von Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern bei Kapitel 03 030 Titel 633 24 zur Verfügung gestellt. Auf die verbindlichen Erläuterungen zu Kapitel 03 030 Titel 633 24 wird hingewiesen.</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD            ja CDU            Enth. GRÜNE        ja FDP            ja PIRATEN        ja</p>



**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
71	FDP	<p><b>Kapitel 20 010 Steuern</b>  <b>Titel 371 00 Globale Mehreinnahme durch Impulse für Wachstumsdynamik</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes</p> <p><b>2015</b>            von 0 Euro            um 25.000.000 Euro            auf 25.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>            Nordrhein-Westfalen bleibt in seiner wirtschaftlichen Entwicklung hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Die wirtschaftliche Dynamik des Landes muss gestärkt werden. Die Landesregierung bremst aber beispielsweise mit dem Klimaschutzgesetz oder dem Tariftreuevergabegesetz die Entwicklung ab. Die FDP will wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, um mit verbesserten Standortbedingungen die Lücke zum Bundestrend zu schließen.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD nein            CDU Enth.            GRÜNE nein            FDP ja            PIRATEN nein</p>

**zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
72	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 462 20 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes sowie Anpassung des Haushaltsvermerks</p> <table border="0"> <tr> <td><b>2015</b></td> <td></td> <td><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>0 Euro</td> <td>0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>- 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen. Ausgenommen sind die Kapitel 03 110, 03 130, 03 350, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410, 04 510, 05 300 bis 490, 12 050 bis 400.</p> <p><b>Begründung:</b>          Jährlich sollen 2 Prozent der Ausgaben für Personal eingespart werden. Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung werden dabei ausgenommen. Die jährliche Produktivitätssteigerung der Mitarbeiter reicht aus, um die Qualität der Leistungserbringung konstant zu halten.</p>	<b>2015</b>		<b>2014</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	30.000.000 Euro		auf	- 30.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>		<b>2014</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	30.000.000 Euro																								
auf	- 30.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
73	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 462 40 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen aufgrund von Standardbefreiungen</b></p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen.</p> <p><b>Begründung:</b> Zahlreiche Planstellen in allen Bereichen des Landeshaushalts werden wegen unnötig hoher Standards für unproduktive Zwecke gebunden. Beispielsweise durch ein zu umfangreiches Landespersonalvertretungsgesetz. Die Rückführung solcher Überstandards konsolidiert den Haushalt, ohne Qualitätsverluste in der Leistungserbringung zu verursachen. Im Schulbereich werden an Berufskollegs 229 Stellen aus diesen Minderausgaben gesichert, da eine angemessene Anpassung im Bereich der von Rot-Grün deutlich ausgeweiteten Personalvertretung erfolgt.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 0 Euro	0 Euro	um 50.000.000 Euro		auf -50.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 50.000.000 Euro																					
auf -50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
74	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 462 50 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen aufgrund von flexiblen Altersgrenzen</b></p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen.</p> <p><b>Begründung:</b> Beamten ist es möglich, über die Regelaltersgrenze hinaus zu arbeiten. Dies erhöht die individuelle Freiheit der Lebensplanung der Beamten und verringert zudem Pensionskosten für das Land. Dieses Instrument wird ausgeweitet, um die positiven Effekte zu verstärken.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 0 Euro	0 Euro	um 3.000.000 Euro		auf - 3.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 3.000.000 Euro																					
auf - 3.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
75	FDP	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 549 00        Einsparbeitrag sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2014</b></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">60.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- 60.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erwirtschaften.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Reduktion bei Gutachten, PR, Publikationen und Veranstaltungen. Zudem Reduktion der sächlichen Verwaltungsausgaben generell über alle Einzelpläne. Bei einem Gesamtvolumen der sächlichen Verwaltungsausgaben (inkl. Zinszahlungen) von über 6,5 Mrd. Euro ist dies ein Konsolidierungsbeitrag von unter 1 Prozent.</p>	<b>2015</b>		<b>2014</b>		von	0 Euro	0	Euro	um	60.000.000 Euro			auf	- 60.000.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>		<b>2014</b>																											
von	0 Euro	0	Euro																										
um	60.000.000 Euro																												
auf	- 60.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
76	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 549 30 Reduktion der sächlichen Verwaltungsausgaben durch ein zentrales Bedarfs- und Einkaufsmanagement</b></p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erwirtschaften.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bisher gibt es keine übergeordnete Instanz, die den genauen Ablauf der Bedarfsfeststellung und den späteren Kauf plant und verbindlich Kostendeckelungen vorschreibt. Durch die Einführung eines zentralen Bedarfs- und Einkaufsmanagements wird ein erhebliches Optimierungspotential gehoben. Die einzelnen Ressorts werden bei einem solchen zentralen Bedarfsmanagement nicht in ihrer Entscheidungsfreiheit beschnitten, sondern bedienen sich dieses Instrumentariums, um passgenauere Leistung zu geringeren Kosten zu erhalten.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 0 Euro	0 Euro	um 50.000.000 Euro		auf - 50.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 50.000.000 Euro																					
auf - 50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
77	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 462 60 Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen durch Bereitstellung von Personal durch die Portigon AG</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2014</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">-25.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat bei allen Einzelplänen zu erfolgen. Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Schritte einzuleiten.</p> <p><b>Begründung:</b> Personal, für das unser Land aufgrund rechtlicher Verpflichtungen ohnehin noch längerfristig aufkommen muss, sollte auch einen sinnvollen Arbeitseinsatz für Landesaufgaben erfahren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Hunderte von Landesbankbeamten bei der Portigon AG nach Wegfall ihrer bisherigen Aufgaben keiner produktiven Beschäftigung mehr nachgehen.</p>	<b>2015</b>		<b>2014</b>		Von	0 Euro	0 Euro		um	25.000.000 Euro			auf	-25.000.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>		<b>2014</b>																											
Von	0 Euro	0 Euro																											
um	25.000.000 Euro																												
auf	-25.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<p><u>Erläuterungen zu Titelgruppe 65:</u></p> <p>Bei dieser Titelgruppe wird der auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallende Anteil an dem Erlös aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen und des L-Bandes (1,5 GHz) vereinnahmt. Die Einnahmen sind zweckgebunden für den Breitbandausbau zu verwenden. Die Ver- ausgabung der Mittel erfolgt bei Kapitel 09 500 Titelgruppe 71, Kapitel 10 020 Titelgruppe 76 und Kapitel 14 730 Titelgruppe 62; auf die dortigen Erläuterungen wird hingewiesen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Etatisierung der Titelgruppe soll die Vereinnahmung des NRW-Anteils an dem Erlös aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen und des L-Bandes (1,5 GHz) in 2015 sicherstellen. Die Veranschlagung erfolgt zentral im Einzelplan 20. Über eine ressortscharfe Aufteilung auf die mit dem Breitbandausbau befassten Ressorts ist zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden. Siehe auch Änderungsanträge zum Einzelplan 09 Kapitel 09 500 Ausgaben-Titelgruppe 71, Einzelplan 10 Kapitel 10 020 Ausgaben-Titelgruppe 76 und Einzelplan 14 Kapitel 14 730 Ausgaben-Titelgruppe 62.</p>	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
79	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 462 70 Minderausgaben für Personalausgaben im Einzelplan 10</b></p> <p>300 Stellen sind kw.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist im Einzelplan 10 zu erbringen.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Landesregierung hat dem Landtag bisher keine stellenscharfe Bedarfsanalyse vorgelegt, die die Notwendigkeit des Stellenaufwuchses von über 300 Stellen im Geschäftsbereich des Umweltministeriums rechtfertigt bzw. eine sinnvolle Verwendung der Stellenexpansion aufzeigt. Diese einseitige Privilegierung des Umweltressorts muss beendet werden.</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	von 0 Euro	0 Euro	um 15.000.000 Euro		auf - 15.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 15.000.000 Euro																					
auf - 15.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
80	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 972 20 Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen durch Optimierung der Landesbetriebe und Sondervermögen sowie einer Verwaltungsstrukturreform</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 160.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -160.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat bei allen Einzelplänen, Landesbetrieben und Sondervermögen zu erfolgen. Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Änderungen umzusetzen.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das Land ist Eigentümer von Landesbetrieben mit einer Bilanzsumme von rund 10 Mrd. € und rund 10.000 Mitarbeitern. Die Resultate der Vergangenheit zeigen hier zum Teil gravierende Missstände auf. Mittelfristig kann hier eine Effizienzverbesserung von rund 3% der Bilanzsumme erreicht werden. Langfristig muss sich das Land auf Kernaufgaben konzentrieren</p>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	Von 0 Euro	0 Euro	um 160.000.000 Euro		auf -160.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
<b>2015</b>	<b>2014</b>																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um 160.000.000 Euro																					
auf -160.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

	<p>und Aufgaben, die von Privaten wirtschaftlicher wahrgenommen werden, privatisieren. Das betrifft auch das Beteiligungsvermögen des Landes.</p> <p>Beim Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW stehen über 300 von gut 4.400 Gebäuden leer. Diese Leerstandsquote von rund 7,3 Prozent muss neben einem effizienteren Liegenschaftsmanagement auch durch Verkäufe von Liegenschaften rasch verringert werden. Die Reduktion der Anzahl der im indirekten Besitz des Landes befindlichen Gebäude verringert die Aufwendungen für die Verwaltung der Gebäude und kann – nicht strukturell – den Haushalt des Landes durch eine Abführung des BLBs verbessern.</p> <p>FDP und CDU haben in ihrer Regierungszeit insgesamt 138 der vormals über 1.000 selbständigen Behörden und Einrichtungen des Landes aufgelöst und über 14.000 Stellen sozialverträglich abgebaut. Diese erfolgreichen Strukturreformen in der Verwaltung des Landes müssen konsequent fortgesetzt werden.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
81	FDP	<p><b>Kapitel 20 030</b>      <b>Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</b></p> <p><b>Titel 233 10</b>      <b>Einnahmen aus der von den Gemeinden gem. § 2 Abs. 3 Satz 4 Stärkungspaktgesetz zu leistenden Umlage</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>2014</b></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>90.789.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>90.789.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Auf das Fehlsteuerungsinstrument Abundanzumlage wird vollständig verzichtet. Durch den Verzicht auf die Abundanzumlage werden die Kommunen entsprechend von der Zwangsabgabe befreit.</p>	<b>2015</b>			<b>2014</b>	Von	90.789.000 Euro		0 Euro	um	90.789.000 Euro			auf	0 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
<b>2015</b>			<b>2014</b>																										
Von	90.789.000 Euro		0 Euro																										
um	90.789.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
82	FDP	<p><b>Kapitel 20 030</b>      <b>Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</b></p> <p><b>Titel 883 20</b>        <b>Investitionsprogramm Kommunen</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2014</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">100.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) wird die Landesregierung mit der Einführung eines Investitionsprogramms für die Kommunen. Dies soll im Dialog mit den Kommunalen Spitzenverbänden erfolgen. Es handelt sich um eine zusätzliche Aufstockung der GFG-Mittel außerhalb des Steuerverbunds.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Durch Einsparungen und Schwerpunktverschiebungen steht im Haushaltsjahr 2015 eine Summe von 100 Millionen Euro für kommunale Investitionen zur Verfügung. Diese soll den Kommunen, auch solchen im Haushaltssicherungskonzept, unbürokratisch als Pauschalzuweisung im Rahmen des GFG zur Verfügung gestellt werden, um zusätzliche Vorha-</p>	<b>2015</b>		<b>2014</b>		Von	0 Euro	0 Euro		um	100.000.000 Euro			auf	100.000.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
<b>2015</b>		<b>2014</b>																											
Von	0 Euro	0 Euro																											
um	100.000.000 Euro																												
auf	100.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	ja																												

		ben in den Zukunftsfeldern der Kinderbetreuung (inklusive U3), der Schulpolitik, der örtlichen Kulturförderung, der Sportförderung oder der Instandhaltung kommunaler Infrastruktur finanzieren zu können. Auch bei der Inklusion werden die Kommunen vom Land bisher alleine gelassen; die Konnexitätsrelevanz der entstehenden enormen Mehrausgaben wird von SPD und Grünen nicht anerkannt. Die Zukunftspauschale wird auch hier eine wertvolle finanzielle Hilfe zur Anschubfinanzierung der Inklusion in den Kommunen sein.	
--	--	--	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20  
im Haushalts- und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
83	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 20 610      Kapitalvermögen</b> <b>Titel 871 10        Für die Inanspruchnahme aus Bürgschaftsverträgen und Gewährleistungspflichten</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">30.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">40.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">25.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Der Mittelbedarf für die Inanspruchnahme aus Bürgschaften und Gewährleistungen im nächsten Jahr ist zum jetzigen Zeitpunkt bereits weitestgehend absehbar. Nach den vom Finanzministerium auf Nachfrage erteilten Auskünften wird im Haushaltsjahr 2015 nach den derzeitigen Erkenntnissen ein Ansatz von 25 Mio. Euro auskömmlich sein.</p>		<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von	30.000.000 Euro	40.000.000 Euro	um	5.000.000 Euro		auf	25.000.000 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	ja
	<b>2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																							
von	30.000.000 Euro	40.000.000 Euro																							
um	5.000.000 Euro																								
auf	25.000.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																						
84	SPD GRÜNE	<p><b>Ausgleichstitel</b></p> <p><b>Kapitel 20 020</b> <b>Titel 371 10</b>                      <b>Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans</b></p> <p>Veränderung des Titels 371 10 - Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans - im Kapitel 20 020</p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"><b>2015</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>495.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2014</b></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>412.700 Euro</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;">67.200 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>82.300 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>	<b>2015</b>							von	495.000 Euro			<b>2014</b>			um	412.700 Euro			67.200 Euro			auf	82.300 Euro						<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	nein
<b>2015</b>																																									
von	495.000 Euro			<b>2014</b>																																					
um	412.700 Euro			67.200 Euro																																					
auf	82.300 Euro																																								
SPD	ja																																								
CDU	nein																																								
GRÜNE	ja																																								
FDP	nein																																								
PIRATEN	nein																																								

**Änderungsantrag zu den Schluss-Summen  
im Haushaltsgesetzestext**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
85	SPD GRÜNE	<p>Text des Haushaltsgesetzes</p> <p>1. Veränderung des Haushaltsvolumens (Folgeänderung aus den zuvor angenommenen Änderungsanträgen):</p> <p style="padding-left: 40px;">In § 1 wird die Zahl „64.087.664.000“ durch die Zahl „64.285.251.300“ ersetzt.</p> <p>2. Veränderung Kreditermächtigung (Folgeänderung aus den zuvor angenommenen Änderungsanträgen):</p> <p style="padding-left: 40px;">In § 2 Abs. 1 wird die Zahl „2.393.000.000“ durch die Zahl „2.083.000.000“ ersetzt.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Folgeänderungen, in die Beschlussempfehlung aufzunehmen sind die sich rechnerisch und ggf. durch Rundungen ergebenden Beträge aus allen angenommenen Änderungsanträgen. Die Schuldenaufnahme wird in Kapitel 20 650, Titel 325 00, im Veränderungsnachweis angepasst.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN nein</p>



## **Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2015**

**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

**Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten**

**Einzelplan 01: Landtag**  
**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
<b>01 010</b>	<b>Landtag</b>			
422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	6.031.100	286.600	6.317.700
428 01	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10.639.200	50.000	10.689.200
<b>TG 60</b>	<b>Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für Enquete-Kommissionen und für andere befristete parlamentarische Gremien</b>			
517 60	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	37.500	18.000	55.500
518 60	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	250.000	350.000	600.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	bisher: 0 €			
	<u>Erhöhung: 555.000 €</u>			
	neu: 555.000 € davon zu Lasten des Haushalts 2016 i.H.v. 350.000 € und des Haushalts 2017 i.H.v. 205.000 €			
519 60 (neu)	<u>Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen</u>	0	350.000	350.000
547 60	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	190.000	634.000	824.000
684 60	Zuschüsse an Fraktionen	2.800.000	660.000	3.460.000
	<b><u>Abschluss Einzelplan 01:</u></b>			
	<b>Einnahmen:</b>	<b>195.200</b>	<b>0</b>	<b>195.200</b>
	<b>Ausgaben:</b>	<b>123.823.000</b>	<b>2.348.600</b>	<b>126.171.600</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	<b>5.445.200</b>	<b>555.000</b>	<b>6.000.200</b>

v/v

**Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales****Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
<b>03 030</b>	<b>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>			
514 10	Ausgaben für Impfmaßnahmen für die Bewohner von Aufnahmeeinrichtungen des Landes	3.150.000	1.225.200	4.375.200
547 10	Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern von Aufnahmeeinrichtungen des Landes	25.720.000	279.800	25.999.800
633 20	Landeszuweisung nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz -FlüAG- für ausländische Flüchtlinge nach § 2 FlüAG	143.046.000	40.000.000	183.046.000
633 23 (neu)	Härtefallfond für Krankheitskosten Asylsuchender	0	3.000.000	3.000.000
633 24 (neu)	Zuweisungen an Gemeinden in Höhe der Hälfte des auf das Land Nordrhein- Westfalen entfallenden Anteils aus dem Festbetrag an der Umsatzsteuer gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern.	0	54.000.000	54.000.000
633 50	Erstattung der Aufwendungen an die Gemeinden für die Unterhaltung der Unterbringungsplätze, die Betreuung sowie die Leistungen an ausländische Flüchtlinge in Aufnahmeeinrichtungen des Landes nach § 44 AsylVfG	38.000.000	-283.500	37.716.500
684 20	Soziale Beratung von Flüchtlingen	3.500.000	3.500.000	7.000.000
<b>03 310</b>	<b>Fünf Bezirksregierungen - Titelgruppe 74 Arbeitsschutz</b>			
428 01	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	111.482.200	1.375.100	112.857.300
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	5.379.700	5.040.000	10.419.700
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	15.970.900	42.600	16.013.500

**Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales****Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
712 01 (neu)	Herrichtung von Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber auf dem ehemaligen JHQ- Gelände in Mönchengladbach  <b>Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung (VE):</b> <u>Bislang: 0</u> <u>Erhöhung: 3.089.100 Euro</u> <u>neu: 3.089.100 Euro (fällig im Haushaltsjahr 2016)</u>	0	8.240.900	8.240.900
	<b><u>Abschluss Einzelplan 03:</u></b>  Einnahmen:  Ausgaben:  Verpflichtungsermächtigungen:	<b>188.331.200</b>  <b>5.220.609.500</b>  <b>348.474.400</b>	<b>0</b>  <b>116.420.100</b>  <b>3.089.100</b>	<b>188.331.200</b>  <b>5.337.029.600</b>  <b>351.563.500</b>

**Einzelplan 04: Justizministerium****Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
<b>04 210</b> 422 01	<b>Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</b> Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	670.560.400	293.300	670.853.700
<b><u>Abschluss Einzelplan 04:</u></b>				
	<b>Einnahmen:</b>	<b>1.199.239.000</b>	<b>0</b>	<b>1.199.239.000</b>
	<b>Ausgaben:</b>	<b>3.882.051.600</b>	<b>293.300</b>	<b>3.882.344.900</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	<b>596.276.400</b>	<b>0</b>	<b>596.276.400</b>

1/4

**Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung**

**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
<b>05 072</b>	<b>Landesförderungen der Weiterbildung</b>			
633 20	Zuweisungen für zertifizierte Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden	41.696.000	240.000	41.936.000
684 10	Zuschüsse für zertifizierte Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft	43.018.000	260.000	43.278.000
<b>05 300</b>	<b>Schule gemeinsam</b>			
422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	425.403.000	14.239.900	439.642.900
	<u>Änderung der Erläuterung zu Buchstaben c) und f):</u> <u>"c) 170 (124) Stellen für Mitarbeit in kommunalen Integrationszentren, der landesweiten Koordinierungsstelle (LaKi) und Maßnahmen zur Koordination, Beratung und Qualitätsentwicklung der Integration durch Bildung.</u> <u>f) 3.828 (3.000) Stellen zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarfen für durchgängige Sprachbildung, Sprachförderung und interkulturelle Schul- und Unterrichtsentwicklung zur Integration durch Bildung."</u>			
<b>TG 72</b>	<b>Offene Ganztagschule im Primarbereich</b>			
422 72	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	120.156.000	2.244.000	122.400.000
633 72	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände	229.889.000	10.456.600	240.345.600
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 180.461.500 EUR Erhöhung: 7.556.600 EUR (fällig: 2016) neu: 188.018.100 EUR			

**Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung**  
**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<b><u>Abschluss Einzelplan 05:</u></b>			
	<b>Einnahmen:</b>	<b>264.874.300</b>	<b>0</b>	<b>264.874.300</b>
	<b>Ausgaben:</b>	<b>16.184.475.900</b>	<b>27.440.500</b>	<b>16.211.916.400</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	<b>255.252.800</b>	<b>7.556.600</b>	<b>262.809.400</b>

**Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport**

**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
07 040	<b>Kinder- und Jugendhilfe</b>			
	<u>Änderung des Haushaltsvermerks Nr. 2 bei den Ausgaben</u> 2. Die Ausgaben der Titel 633 20 und 684 10 sowie der Titel der Titelgruppen 62, 82, <u>89</u> , 90 bis 94, 97 und 99 sind gegenseitig und untereinander deckungsfähig.			
TG 89 (neu)	<b><u>Kinderbetreuung in besonderen Fällen</u></b>  Aufnahme folgender Haushaltsvermerke: 1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Die Verpflichtungsermächtigung der Titelgruppe kann bei allen Titeln der Titelgruppe in Anspruch genommen werden. 3. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 bei den Ausgaben. 4. Rückflüsse, auch aus früheren Jahren, fließen den Titeln der Titelgruppe wieder zu. 5. Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).			
547 89	<u>Sächliche Verwaltungsausgaben</u>	0	0	0
633 89	<u>Zuweisungen an Gemeinden (GV)</u>	0	6.000.000	6.000.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 0 EUR Erhöhung: 6.125.000 EUR neuer Ansatz: 6.125.000 EUR			
684 89	<u>Zuschüsse an freie Träger</u>	0	0	0

1/2

**Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport****Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<b><u>Abschluss Einzelplan 07:</u></b>			
	<b>Einnahmen:</b>	<b>109.937.300</b>	<b>0</b>	<b>109.937.300</b>
	<b>Ausgaben:</b>	<b>3.017.545.400</b>	<b>6.000.000</b>	<b>3.023.545.400</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	<b>107.264.100</b>	<b>6.125.000</b>	<b>113.389.100</b>

**Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
09 500	<b>Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</b>			
<b>TGr. 71 (neu)</b>	<b><u>Förderung des Breitbandausbaus</u></b>			
	<u>Haushaltsvermerke:</u>			
	<u>1. (§ 17 Abs. 3 LHO).</u>			
	<u>2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe des noch festzulegenden Ressortanteils an den Ist-Einnahmen bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65 geleistet werden.</u>			
	<u>3. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</u>			
	<u>4. Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).</u>			
	<u>5. Die Ausgaben der Titelgruppe 71 sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO).</u>			
526 71	<u>Gutachten, Sachverständige und ähnliche Ausgaben</u>	0	0	0
546 71	<u>Werk- und Dienstleistungsverträge</u>	0	0	0
547 71	<u>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</u>	0	0	0
633 71	<u>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</u>	0	0	0
682 71	<u>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</u>	0	0	0
683 71	<u>Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</u>	0	0	0
686 71	<u>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</u>	0	0	0

**Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
883 71	<u>Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</u>	0	0	0
891 71	<u>Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</u>	0	0	0
892 71	<u>Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</u>	0	0	0
893 71	<u>Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</u>	0	0	0
	<p><u>Erläuterungen zu Titelgruppe 71:</u></p> <p><u>Bund und Länder verfolgen eine flächendeckende Versorgung mit dem Ziel, mindestens 50 Mbit/s bis 2018 zu erreichen. Mit den Veräußerungserlösen aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen und des L-Bandes (1,5 GHz) soll der vorgenannte Breitbandausbau (vorrangig) und die Digitalisierung gefördert werden.</u></p> <p><u>Die Einnahmen aus der Versteigerung werden nach Abzug der Umstellungs- und Verwaltungskosten hälftig den Ländern zugewiesen. Der hälftige Länderanteil wird nach einem noch festzulegenden Schlüssel unter den Bundesländern aufgeteilt. Die Zuweisung an die Länder erfolgt in drei Raten voraussichtlich in den Jahren 2015 – 2017.</u></p> <p><u>Die Ausgaben-Titelgruppe 71 ist mit Strichansätzen ausgebracht, weil der auf den Einzelplan 09 entfallende NRW-Anteil am Versteigerungserlös zurzeit nicht hinreichend sicher geschätzt werden kann.</u></p> <p><u>Die konkrete landesinterne Aufteilung der vom Bund ab 2015 zufließenden Mittel erfolgt auf Basis einer Entscheidung der partizipierenden Ressorts zu einem späteren Zeitpunkt.</u></p> <p><u>Siehe auch Erläuterungen bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65.</u></p>			

1/10

**Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr****Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<b><u>Abschluss Einzelplan 09:</u></b>  <b>Einnahmen:</b>  <b>Ausgaben:</b>  <b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	<b>1.872.608.100</b>  <b>3.137.299.200</b>  <b>1.611.311.600</b>	<b>0</b>  <b>0</b>  <b>0</b>	<b>1.872.608.100</b>  <b>3.137.299.200</b>  <b>1.611.311.600</b>

1/11

**Einzelplan 10: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger  EUR	neuer Ansatz  EUR
<b>10 020</b> <b>TG 76</b> <b>(neu)</b>	<b>Allgemeine Bewilligungen</b> <b><u>Förderung des Breitbandausbaus</u></b>			
	<b>Haushaltsvermerk:</b>			
	1. <u>(§ 17 Abs. 3 LHO).</u>			
	2. <u>Ausgaben dürfen bis zur Höhe des noch festzulegenden Ressortanteils an den Ist-Einnahmen bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65 geleistet werden.</u>			
	3. <u>Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</u>			
	4. <u>Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).</u>			
	5. <u>Die Ausgaben der Titelgruppe 76 sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO).</u>			
<u>526 76</u>	<u>Gutachten, Sachverständige und ähnliche Ausgaben</u>	0	0	0
<u>546 76</u>	<u>Werk- und Dienstleistungsverträge</u>	0	0	0
<u>547 76</u>	<u>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</u>	0	0	0
<u>633 76</u>	<u>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</u>	0	0	0
<u>682 76</u>	<u>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</u>	0	0	0
<u>683 76</u>	<u>Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</u>	0	0	0
<u>686 76</u>	<u>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</u>	0	0	0
<u>883 76</u>	<u>Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</u>	0	0	0
<u>891 76</u>	<u>Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</u>	0	0	0
<u>892 76</u>	<u>Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</u>	0	0	0
<u>893 76</u>	<u>Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</u>	0	0	0

1/12



**Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**

**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
11 029 633 20	<b>Arbeit und Qualifizierung</b> Einrichtung eines neuen Titels: <u>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Weiterführung der sozialen Arbeit an Schulen im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket für die Jahre 2015-2017</u> Verpflichtungsermächtigung bisher: 0 Euro Erhöhung: 95.402.000 Euro neu: 95.402.000 Euro	0	47.701.000	47.701.000
11 060 TG 68 686 68	<b>Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</b> Förderung der Integration Zugewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt Zuschüsse an Sonstige Einrichtung eines neuen Haushaltsvermerks Nr. 6 zur TG 68: <u>Gemäß Nr. 2.3 VV zu § 44 LHO erfolgen die Förderungen zur Stärkung des Ehrenamts im Wege der Vollfinanzierung.</u>	11.022.700	1.000.000	12.022.700
	<b><u>Abschluss Einzelplan 11:</u></b>			
	<b>Einnahmen:</b>	<b>3.012.818.600</b>	<b>unverändert</b>	<b>3.012.818.600</b>
	<b>Ausgaben:</b>	<b>3.874.180.500</b>	<b>+48.701.000</b>	<b>3.922.881.500</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	<b>134.354.100</b>	<b>+95.402.000</b>	<b>229.756.100</b>

1/14

**Einzelplan 12: Finanzministerium****Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
<b>12 010</b>	<b>Ministerium</b>			
<b>422 01</b>	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	19.285.300	233.800	19.519.100
	<b><u>Abschluss Einzelplan 12:</u></b>			
	<b>Einnahmen:</b>	<b>749.035.500</b>	<b>0</b>	<b>749.035.500</b>
	<b>Ausgaben:</b>	<b>2.108.008.500</b>	<b>233.800</b>	<b>2.108.242.300</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	<b>46.828.000</b>	<b>0</b>	<b>46.828.000</b>

1/15

**Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**

**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
14 730	<b>Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b>			
<b>TGr. 62 (neu)</b>	<b><u>Förderung des Breitbandausbaus</u></b>			
	Haushaltsvermerke:			
	1. (§ 17 Abs. 3 LHO).			
	2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe des noch festzulegenden Ressortanteils an den Ist-Einnahmen			
	bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65 geleistet werden.			
	3. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.			
	4. Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle			
	des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).			
	5. Die Ausgaben der Titelgruppe 62 sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO).			
526 62	<u>Gutachten, Sachverständige und ähnliche Ausgaben</u>	0	0	0
546 62	<u>Werk- und Dienstleistungsverträge</u>	0	0	0
547 62	<u>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</u>	0	0	0
633 62	<u>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</u>	0	0	0
682 62	<u>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</u>	0	0	0
683 62	<u>Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</u>	0	0	0
686 62	<u>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</u>	0	0	0

1/16

**Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**  
**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
883 62	<u>Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</u>	0	0	0
891 62	<u>Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</u>	0	0	0
892 62	<u>Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</u>	0	0	0
893 62	<u>Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</u>	0	0	0
	<p><u>Erläuterungen zu Titelgruppe 62:</u></p> <p><u>Bund und Länder verfolgen eine flächendeckende Versorgung mit dem Ziel, mindestens 50 Mbit/s bis 2018 zu erreichen. Mit den Veräußerungserlösen aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen und des L-Bandes (1,5 GHz) soll der vorgenannte Breitbandausbau (vorrangig) und die Digitalisierung gefördert werden.</u></p> <p><u>Die Einnahmen aus der Versteigerung werden nach Abzug der Umstellungs- und Verwaltungskosten hälftig den Ländern zugewiesen. Der hälftige Länderanteil wird nach einem noch festzulegenden Schlüssel unter den Bundesländern aufgeteilt. Die Zuweisung an die Länder erfolgt in drei Raten voraussichtlich in den Jahren 2015 – 2017.</u></p> <p><u>Die Ausgaben-Titelgruppe 62 ist mit Strichansätzen ausgebracht, weil der auf den Einzelplan 14 entfallende NRW-Anteil am Versteigerungserlös zurzeit nicht hinreichend sicher geschätzt werden kann.</u></p> <p><u>Die konkrete landesinterne Aufteilung der vom Bund ab 2015 zufließenden Mittel erfolgt auf Basis einer Entscheidung der partizipierenden Ressorts zu einem späteren Zeitpunkt.</u></p> <p><u>Siehe auch Erläuterungen bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 65.</u></p>			

1/17

**Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk****Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<b><u>Abschluss Einzelplan 14:</u></b>  Einnahmen:  Ausgaben:  Verpflichtungsermächtigungen:	266.305.800  765.898.200  303.698.600	0  0  0	266.305.800  765.898.200  303.698.600

**Einzelplan 15: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter**  
**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR												
<b>15 035/ TG 61 684 61</b>	<p><b>Emanzipation</b>  <b>Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</b>  Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p>neuer Haushaltsvermerk Nr. 3 zur TG 61:  <u>3. Gemäß Nr. 2.3 VV zu § 44 LHO erfolgen die Förderungen der Beratung und Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingsfrauen im Wege der Vollfinanzierung.</u></p> <p><u>Änderung der Erläuterungen:</u></p> <p>Maßnahmen</p> <p>1. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an Träger von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen</p> <table border="0" data-bbox="293 946 896 1007"> <tr> <td><b>bisher 2015</b></td> <td><b>neu 2015</b></td> </tr> <tr> <td><u>8.131.500 EUR</u></td> <td><u>8.270.500 EUR</u></td> </tr> </table> <p>3. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben von Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen tätig sind</p> <table border="0" data-bbox="293 1145 896 1206"> <tr> <td><b>bisher 2015</b></td> <td><b>neu 2015</b></td> </tr> <tr> <td><u>1.221.000 EUR</u></td> <td><u>1.242.000 EUR</u></td> </tr> </table> <p>4. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Frauenberatungsstellen</p> <table border="0" data-bbox="293 1345 896 1406"> <tr> <td><b>bisher 2015</b></td> <td><b>neu 2015</b></td> </tr> <tr> <td><u>4.547.500 EUR</u></td> <td><u>4.624.500 EUR</u></td> </tr> </table>	<b>bisher 2015</b>	<b>neu 2015</b>	<u>8.131.500 EUR</u>	<u>8.270.500 EUR</u>	<b>bisher 2015</b>	<b>neu 2015</b>	<u>1.221.000 EUR</u>	<u>1.242.000 EUR</u>	<b>bisher 2015</b>	<b>neu 2015</b>	<u>4.547.500 EUR</u>	<u>4.624.500 EUR</u>	16.081.200	1.150.000	17.231.200
<b>bisher 2015</b>	<b>neu 2015</b>															
<u>8.131.500 EUR</u>	<u>8.270.500 EUR</u>															
<b>bisher 2015</b>	<b>neu 2015</b>															
<u>1.221.000 EUR</u>	<u>1.242.000 EUR</u>															
<b>bisher 2015</b>	<b>neu 2015</b>															
<u>4.547.500 EUR</u>	<u>4.624.500 EUR</u>															

6/19

**Einzelplan 15: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter**  
**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR				
	5. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von spezialisierten Beratungseinrichtungen							
	<table border="0"> <tr> <td><b>bisher 2015</b></td> <td><b>neu 2015</b></td> </tr> <tr> <td><u>751.200 EUR</u></td> <td><u>764.200 EUR</u></td> </tr> </table>	<b>bisher 2015</b>	<b>neu 2015</b>	<u>751.200 EUR</u>	<u>764.200 EUR</u>			
<b>bisher 2015</b>	<b>neu 2015</b>							
<u>751.200 EUR</u>	<u>764.200 EUR</u>							
	9. Förderungen der Beratung und Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingsfrauen							
	<table border="0"> <tr> <td><b>bisher 2015</b></td> <td><b>neu 2015</b></td> </tr> <tr> <td><u>0 EUR</u></td> <td><u>900.000 EUR</u></td> </tr> </table>	<b>bisher 2015</b>	<b>neu 2015</b>	<u>0 EUR</u>	<u>900.000 EUR</u>			
<b>bisher 2015</b>	<b>neu 2015</b>							
<u>0 EUR</u>	<u>900.000 EUR</u>							
	<b><u>Abschluss Einzelplan 15:</u></b>							
	<b>Einnahmen:</b>	<b>235.833.400</b>	<b>unverändert</b>	<b>235.833.400</b>				
	<b>Ausgaben:</b>	<b>1.027.392.000</b>	<b>1.150.000,00</b>	<b>1.028.542.000</b>				
	<b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	<b>189.255.600</b>	<b>unverändert</b>	<b>189.255.600</b>				

1/20

**Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
<b>20 010</b>	<b>Steuern</b>			
015 30	<b>Neuer Titel:</b> Einnahmen aus dem Festbetrag an der Umsatzsteuer (Landesanteil) gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern <i>Vermerk: Siehe Vermerk bei Kapitel 03 030 Titel 633 24.</i>  <i>Die Erläuterungen werden wie folgt gefasst:</i> <i>Der Bund hat sich bereit erklärt, Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern im Jahr 2015 in Höhe von 500 Mio. EUR zu entlasten. Die Entlastung erfolgt über einen entsprechenden einmaligen Festbetrag an der Umsatzsteuer. Der auf Nordrhein-Westfalen entfallende Betrag wird anteilig den Gemeinden zum Ausgleich von Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern bei Kapitel 03 030 Titel 633 24 zur Verfügung gestellt. Auf die verbindlichen Erläuterungen zu Kapitel 03 030 Titel 633 24 wird hingewiesen.</i>	--	+108.000.000	108.000.000
053 00	Grunderwerbsteuer	1.943.000.000	400.000.000	2.343.000.000
<b>20 020</b>	<b>Allgemeine Bewilligungen</b>			
371 10	Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans  <b>Neu: Titelgruppe 65</b> Zuweisungen des Bundes aus den Versteigerungserlösen der 700 MHz- und 1,5 GHz-Frequenzen („Digitale Dividende II“) <i>Vermerk: Siehe Vermerke jeweils bei Kapitel 09 500 Titelgruppe 71, Kapitel 10 020 Titelgruppe 76 und Kapitel 14 730 Titelgruppe 62.</i>	495.000	-412.700	82.300
231 65	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Bund	--	--	--
331 65	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	--	--	--

1/21

**Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung**  
**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<i>Die Erläuterungen werden wie folgt gefasst:</i>			
	<i>Bei dieser Titelgruppe wird der auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallende Anteil an dem Erlös aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen und des L-Bandes (1,5 GHz) vereinnahmt. Die Einnahmen sind zweckgebunden für den Breitbandausbau zu verwenden. Die Verausgabung der Mittel erfolgt bei Kapitel 09 500 Titelgruppe 71, Kapitel 10 020 Titelgruppe 76 und Kapitel 14 730 Titelgruppe 62; auf die dortigen Erläuterungen wird hingewiesen.</i>			
<b>20 610</b> 871 10	<b>Kapitalvermögen</b> Für die Inanspruchnahme aus Bürgschaftsverträgen und Gewährleistungsverpflichtungen	30.000.000	-5.000.000	25.000.000
<b>20 650</b> 325 00	<b>Schuldenverwaltung</b> Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt <i>Die Erläuterungen werden entsprechend angepasst.</i>	2.393.000.000	-310.000.000	2.083.000.000
	<b><u>Abschluss Einzelplan 20:</u></b>			
	<b>Einnahmen:</b>	<b>54.561.831.800</b>	<b>197.587.300</b>	<b>54.759.419.100</b>
	<b>Ausgaben:</b>	<b>15.835.786.200</b>	<b>-5.000.000</b>	<b>15.830.786.200</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	<b>200.382.000</b>	<b>--</b>	<b>200.382.000</b>

1/22

**Einzelplan 01: Landtag**

**Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten**

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
01 010 422 01	<p><b>Landtag</b> Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p><u>Die Zahl der Planstellen A 13 (g.D.) wird von 27 um 1 auf 28 erhöht.</u></p>	27	1	28
TG 60 422 60	<p><b>Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für Enquete-Kommissionen und für andere befristete parlamentarische Gremien</b> Bezüge der Beamten und Richter</p> <p><u>Die Zahl der Planstellen A 16 wird von 0 um 2 auf 2 erhöht.</u></p> <p><u>Neuer Haushaltsvermerk zur Bes. Gr. A 16:</u> <u>Auf diesen Stellen können Richter/Richterinnen oder Staatsanwälte/Staatsanwältinnen der Bes. Gr. R 1 oder R 2 geführt werden.</u></p> <p><u>Die Zahl der Planstellen A 15 wird von 8 um 1 auf 9 erhöht.</u> <u>Die Zahl der Planstellen A 13 (g.D.) wird von 4 um 1 auf 5 erhöht.</u> <u>Daneben Ausbringung von 4 weiteren kw-Vermerken zum 31.07.2017:</u> <u>Entwurf bisher:</u> <u>A 15: 5 (4) kw zum 31.07.2017</u> <u>A 13 (g.D.): 4 (3) kw zum 31.07.2017</u> <u>Neu:</u> <u>A 16: 2 (0) kw zum 31.07.2017</u> <u>A 15: 6 (4) kw zum 31.07.2017</u> <u>A 13 (g.D.): 5 (3) kw zum 31.07.2017</u></p>	0 8 4	2 1 1	2 9 5
428 60	<p><u>Die Zahl der Stellen vergleichbar Mittlerer Dienst wird von 6 um 1 auf 7 erhöht.</u> <u>Daneben Ausbringung von 1 weiteren kw-Vermerk zum 31.07.2017 in den Erläuterungen:</u> <u>Entwurf bisher:</u> <u>3 (2) Stellen kw zum 31.07.2017</u></p>	6	1	7

2/11

**Einzelplan 01: Landtag****Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten**

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
	<u>Neu:</u> <u>4 (2) Stellen kw zum 31.07.2017</u>			
	<b><u>Personalabschluss Einzelplan 01:</u></b>			
	<b>Planstellen:</b>	<b>158</b>	<b>5</b>	<b>163</b>
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:</b>	<b>191</b>	<b>1</b>	<b>192</b>

**Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales**  
**Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten**

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
<b>03 310</b> 428 01	<b>Fünf Bezirksregierungen</b> Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer			
	Die Zahl der Stellen des vergleichbar höheren Dienstes wird von 38 um 2 auf 40 erhöht.	38	2	40
	Die Zahl der Stellen des vergleichbar gehobenen Dienstes wird von 780 um 18 auf 798 erhöht.	780	18	798
	Die Zahl der Stellen des vergleichbar mittleren Dienstes wird von 1271 um 1 auf 1272 erhöht.	1.271	1	1.272
	<b>Einrichtung von insgesamt 21 neuen kw-Vermerken in den Erläuterungen:</b> In der Laufbahngruppe vergleichbar dem höheren Dienst sind: - 2 (0) Stellen kw zum 01.08.2017  In der Laufbahngruppe vergleichbar dem gehobenen Dienst sind: - 18 (0) Stellen kw zum 01.08.2017  In der Laufbahngruppe vergleichbar dem mittleren Dienst ist: - 1 (0) Stelle kw zum 01.08.2017			
	<b><u>Personalabschluss Einzelplan 03:</u></b>			
	<b>Planstellen:</b>	<b>45.439</b>	<b>0</b>	<b>45.439</b>
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:</b>	<b>10.523</b>	<b>21</b>	<b>10.544</b>
	<b>Summe:</b>	<b>55.962</b>	<b>21</b>	<b>55.983</b>

**Einzelplan 04: Justizministerium**

**Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten**

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
R1	<b>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</b> Titel 422 01 Staatsanwalt/Staatsanwältin <u>davon 5 (-) kw zum 31.07.2017</u>	734	5	739
	<u><b>Personalabschluss Einzelplan 04:</b></u>  <b>Planstellen:</b>  <b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:</b>  <b>Summe:</b>	25.033       7.322   32.355	5       0   5	25.038       7.322   32.360

2/4

**Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung****Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten**

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
<b>05 300</b>	<b>Schule gemeinsam</b>			
422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter  Besoldungsgruppe A 13 - Studienrat / Studienrätin <u>davon 310 (0) kw zum 1. August 2017</u>	6.042	310	6.352
<b>TG 72</b>	<b>Offene Ganztagschule im Primarbereich</b>			
422 72	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter  Besoldungsgruppe A 13 - Lehrer / Lehrerin mit der Befähigung für das Lehramt für Sonderpädagogik bei entsprechender Verwendung	348	44	392
	<b><u>Personalabschluss Einzelplan 05:</u></b>			
	<b>Planstellen:</b>	<b>148.187</b>	<b>354</b>	<b>148.541</b>
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:</b>	<b>3.802</b>	<b>0</b>	<b>3.802</b>
	<b>Summe:</b>	<b>151.989</b>	<b>354</b>	<b>152.343</b>

**Einzelplan 12: Finanzministerium**

**Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten**

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
	<b>Kapitel 12 010 Ministerium</b>			
	<b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b>			
A 9 m.D.	Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin <u>davon 1 (-) kw zum 31.07.2017</u>	19	1	20
A 12	Amtsrat/Amtsrätin <u>davon 1 (-) kw zum 31.07.2017</u>	45	1	46
A 15	Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin <u>davon 2 (-) kw zum 31.07.2017</u>	39	2	41
	<b><u>Personalabschluss Einzelplan 12:</u></b>			
	<b>Planstellen:</b>	<b>22.204</b>	<b>4</b>	<b>22.208</b>
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:</b>	<b>6.664</b>	<b>0</b>	<b>6.664</b>
	<b>Summe:</b>	<b>28.868</b>	<b>4</b>	<b>28.872</b>

2/6